Der linke Thinktank der Schweiz

DENKNETZ MAGAZIN

Progressive Perspektiven auf eine Welt im Umbruch

Ausgabe Nº 1 Oktober 2026

Inhalt

4
Ich war Europa vor euch

8
Europa in Bewegung – die Schweiz mittendrin

10
Slow Work als Widerstand

12
Gutes Wohnen für alle ist eine Frage des Eigentums

14
Wer produziert die Zukunft? Neue Machtpolitik, neue Industriepolitik

16
Einen Wandel in Gang setzen

20
Wenn die Statistik die Reichsten übersieht

22
Klimakrise und Hunger – Ernährung sichern statt Profite schützen

24
Unser Wissen, unsere Intelligenz

26
Hoffnung muss organisiert werden

28
Multiple Krise – katastrophische Dynamik

Impressum

Das Magazin von Denknetz erscheint jeweils im Herbst

Redaktion
Nadja Mosimann und Pascal Zwicky

Produktion
Nadja Mosimann

Korrektorat
www.text-arbeit.net

Layout, Gestaltung und Illustrationen
Studio Quarz

Druck
CH Media Print, Aarau

Haben wir noch Zeit?

Denknetz ist der linke Thinktank der Schweiz.

Wir analysieren gesellschaftliche, politische und ökonomische Entwicklungen und fragen, wie Macht, Reichtum und Ressourcen verteilt sind – und welche Folgen das für Menschen, Umwelt und Demokratie hat.

Wir beschäftigen uns mit Ungleichheit, Arbeit, Sozialpolitik, Bildung, Migration, Ökologie und globalen Verhältnissen und entwickeln daraus progressive Perspektiven auf eine Welt im Umbruch.

Denknetz verbindet wissenschaftliche Analyse mit politischer Debatte. Unser Kompass sind Freiheit, Gleichheit und Solidarität – und die Frage, wie eine andere Welt möglich wird.

denknetz.ch
info@denknetz.ch

Nach Jahrzehnten der Warnungen und Ultimaten ist es zu spät: Die Erdatmosphäre wird sich über das festgelegte 1,5-Grad-Ziel hinaus erwärmen. Vorbei auch die Zeiten halbwegs verbindlicher völkerrechtlicher Institutionen: Wir leben in Zeiten des offenen Neo-Imperialismus. Die wirtschaftliche Ungleichheit explodiert; Techkonzerne sprengen die Fesseln aller Regulierung: ist das schon Technofeudalismus? Die Liste ist lang und länger.

Während einige verzweifeln, zucken andere mit den Schultern – steigen ins Flugzeug, kaufen die Klimaanlage, investieren in ETFs, um vorzusorgen. Wenn auch auf unterschiedliche Weise, tun wir das in der Schweiz (fast) alle. Nahe liegt uns die bürgerliche Tugend pragmatischer Anpassung, im Kleinen und im ganz Grossen. Weil die Schweiz sie sich leisten kann.

Schauen wir der gefühlten Ohnmacht ins Gesicht. Sie hat ihre Wurzel im Appell an eine Vorstellung von Fortschritt als garantierter Zukunft – typisch für den globalen Norden. Dieser Aufruf läuft angesichts der Unfähigkeit unserer politischen Institutionen, das Ruder wirklich herumzureissen, aber ins Leere. Das ist das Neue, nicht Krieg, Dürren, Ausbeutung, Sexismus, Rassismus oder Austeritätspolitik. Neu ist, dass sich nicht leugnen lässt, dass die, die sich in unserer Vorstellung darum kümmern sollten, sich nicht darum kümmern. Aber wer sollte sich darum kümmern?

Die Vorstellung, dass politische Institutionen von selbst funktionieren, ist unhaltbar geworden. Sie war es eigentlich immer, hatte aber eine narkotisierende Wirkung. Die aktuelle Krisenkonstellation will uns aus diesem Schlummer reissen. Sehen wir im Neuen das immergleiche Alte und sagen: Intakte Natur, Völkerrecht, gesellschaftliche Aufklärung und Gleichberechtigung sind blosse Fassade, ein Kräuseln auf den Wellen realer Interessen- und Machtpolitik? Oder sagen wir: Wir! Wir hauchen Institutionen Leben ein, kritisieren sie und, ja, kämpfen um sie.

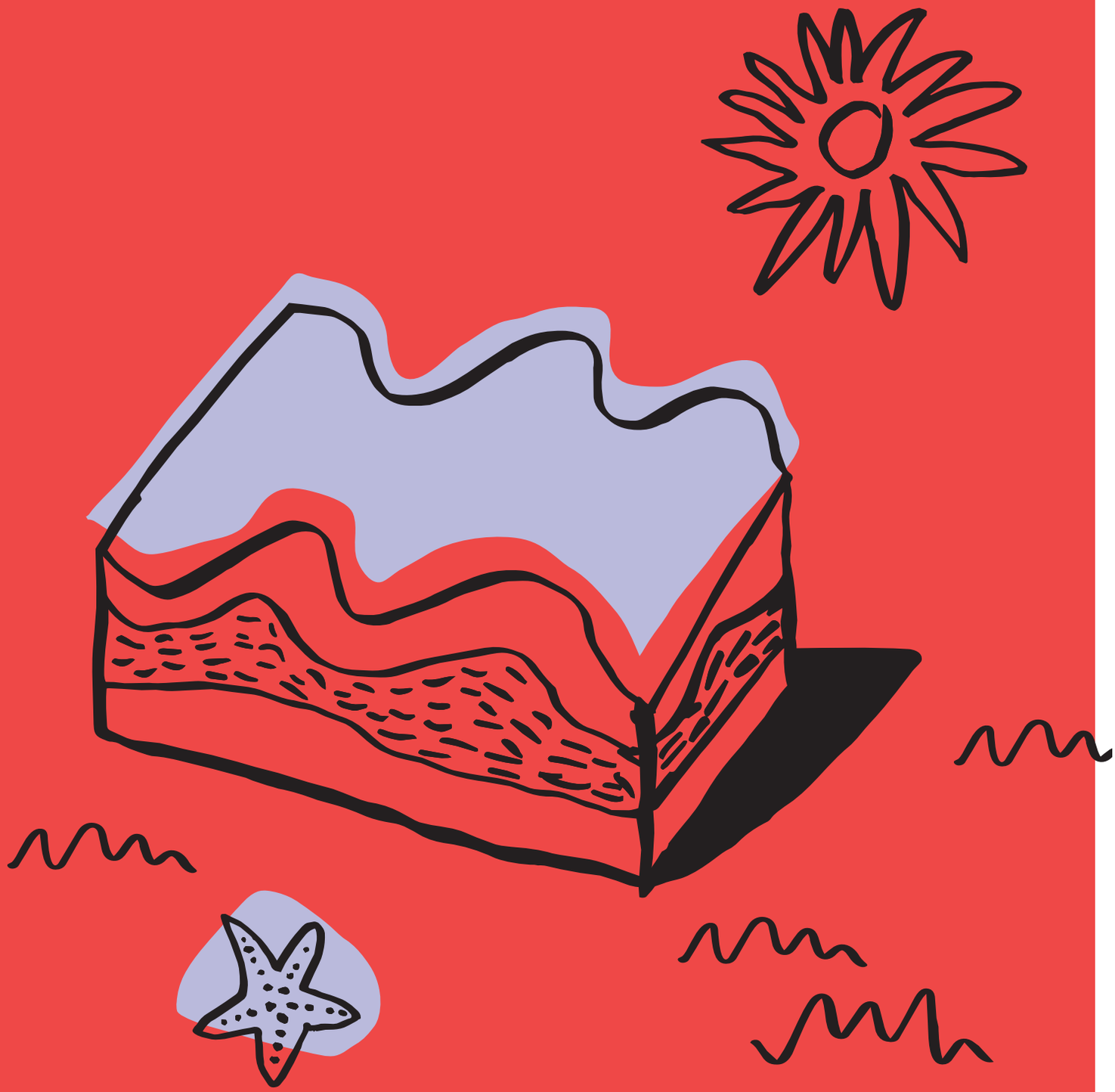
Dieses Heft sucht nach Orten, an denen dieses «Wir» konkret werden kann: nach Handlungs- und Spielräumen, Denkanstössen. Ist die Schweiz Teil von Europa – und wie? Sind Gewerkschaften Dienstleister? Wer kümmert sich um die, die sich kümmern? Wie sind unsere Ressourcen verteilt? Und was sagen Kollektive wie RJZ, Proberaum Zukunft, UNIA oder Aktion Viertel?

Unsere Texte verbindet, dass sie vor dem Panorama der Krisendiagnosen nicht verstummen. Die Angst, alles gleichzeitig machen zu müssen, verstärkt das Gefühl, keine Zeit zu haben. Aber Zeit entsteht dort, wo gemeinsam gehandelt wird.

Marco Toscano
Co-Präsident von Denknetz

Hayat Erdoğan

Ich war Europa vor euch



Sie kam aus Asien, wurde über das Meer getragen und gab einem Kontinent ihren Namen. Zweieinhalb Jahrtausende später fragt Europa die Schweiz, wo sie steht – und uns alle, wer wir sein wollen.

Autorin

Hayat Erdoğan ist ist Autorin, Dramaturgin und Dozentin. Dieses Jahr erschien ihr Debütroman «Hauptsache kein Zeitgeist», der für den Schweizer Buchpreis nominiert ist.

Mein Name war Europa, bevor ihr Europa wart. Ich wurde an einer Küste geboren, die ihr heute nicht zu mir zählt. Phönizien. Asien, Osten, naher, ferner, unklar, sagt ihr. Libanon vielleicht, würde eine eurer heutigen Karten sagen. Damals wusste das Meer noch nichts von euren Erdteilen und ein Gott kam als Tier. Er machte sich zum Stier, ich legte meine Hand auf sein Fell, dann trug er mich über das Meer nach Kreta. Ihr habt später darüber gestritten, ob ich geraubt wurde oder verführt, Opfer war oder Geliebte.

Herodot erzählte mich einige Jahrhunderte vor Christus als Teil einer alten Geschichte von Raub und Gegenraub zwischen Asien und Hellas. Eine Frau wird geraubt, dann eine andere, bis aus Vergeltung Krieg wird und keiner mehr weiss, wer angefangen hat. Und wie, so frage ich, wurde mein Name in all dem im Laufe der Zeit zum Namen eines Erdteils? Schon Herodot (2001: 4.45) wunderte sich darüber.

Europa stammt von ausserhalb Europas

Ihr habt mich weitererzählt, weitermythisiert, weiter, immer weitergetragen. Auf Vasen und Wänden, in Gedichten und Büchern. Und jede Zeit las etwas anderes in meine Geschichte. Auch mein Entführer wechselte den Namen. Die Griechen nannten ihn Zeus, die Römer Jupiter. Ovid erzählte auf Latein noch einmal, wie Jupiter zum Stier wurde und mich über das Meer trug. Als das Christentum die alten Götter neu beurteilte, wurde auch Jupiter zum Gegenstand der Kritik: Was war das für ein Gott, der begehrte, täuschte und raubte? Jahrhunderte später wurde auch das Wunder fragwürdig. Vielleicht hatte Jupiter sich gar nicht in einen Stier verwandelt. Vielleicht war er ein harter, mächtiger Mann, vielleicht trug nur sein Schiff das Zeichen eines Stiers. So entzauberte Boccaccio nicht nur den Mythos, sondern machte mich zu einer Frau vergangener Geschichte: Europa, Königin von Kreta.

Dann, um 1400, gab mir Christine de Pizan einen Platz in ihrer «Stadt der Frauen». Sie errichtete diese Stadt aus den Geschichten von Frauen, um denen zu widersprechen, die Frauen für schwach, lasterhaft oder minderwertig hielten. Auch mich nahm sie hinein. Doch selbst hier blieb Jupiter an meiner Seite. Christine schrieb, ich sei berühmt geworden, weil er mich geliebt habe. Und doch war da inzwischen etwas, das über ihn hinauswies – «und sie verlieh einem Drittel der Erde ihren Namen» (de Pizan 1405–1410). Fortan lebten also zwei Europas nebeneinander: die Frau, die über das Meer gebracht worden war, und der Erdteil, der ihren Namen trug. Den Namen hatte ich nicht verschenkt oder verliehen, ihr habt ihn mir genommen. Habt ihn behalten. Europa.

Während mein Name zum Namen eures Erdteils, eures Kontinents wurde, nanntet ihr euch Christenheit, dann Abendland. Ihr bautet Universitäten, drucktet Bücher, strittet über Gott und Vernunft. Ihr spracht von Freiheit, Gleichheit und den Rechten des Menschen. Und eure Schiffe fuhren hinaus. Sie trugen Kreuze und Kanonen, Kaufleute und Kartografen. Sie brachten Gold, Silber, Baumwolle, Zucker zurück, verschleppten Millionen Menschen über Ozeane. Ihr vermasst die Welt, zogt Grenzen durch sie, gabt Ländern eure Namen und stelltet Teile von ihnen in euren Museen aus. Während ihr vom Menschen spracht, musstet ihr erklären, warum nicht jeder Mensch gemeint war. Auch das geschah unter meinem Namen, in meiner Geschichte.

«Können Menschen verschieden bleiben und dennoch etwas miteinander teilen? Kann aus einer Geschichte der Gewalt eine Praxis des Friedens entstehen?»

Schweiz, auch du warst darin. Du hattest kein eigenes Kolonialreich, gewiss. Aber Geschichte ist unbequem, weil Beteiligung keine Fahne braucht. Deine Kaufleute handelten mit Kolonialwaren und beteiligten sich am Dreieckshandel. Dein Geld floss in Plantagen und Handelsgesellschaften, die mit versklavten Menschen Geschäfte machten. Deine Textilfabriken verarbeiteten Baumwolle aus einer kolonialen Wirtschaft und produzierten Stoffe, die bis in den Sklavenhandel gelangten. Deine Missionare, Händler und Wissenschaftler bewegten sich in den Räumen der Imperien, beschrieben, vermassen und ordneten mit.

Ja, du kannst es noch einmal sagen, dass du keine Kolonien hattest. Aber du standest dennoch nicht ausserhalb des Kolonialismus.

Grenzen entscheiden nicht, wo Geschichte endet

Im 18. und 19. Jahrhundert begannet ihr auch über mich zu lachen. «Ja, Europa ist erlegen – Wer kann Ochsen widerstehen?», spottete Heine (1851). Aus dem göttlichen Stier war ein Ochse geworden. Heine schrieb diese Zeilen nach dem Scheitern der Revolutionen von 1848/49 in den deutschen Staaten, schwer krank in seinem Pariser Exil. Bald war der Ochse viel weniger komisch, dann kein bisschen komisch.

Zwei Weltkriege zogen über mich hinweg. Ihr überschrittet Grenzen mit Armeen und sortiertet Menschen nach Blut und Herkunft. Ein Reich wollte mich für sich beanspruchen. 1933 malte Beckmann mich wieder auf den Stier. Ich hing auf ihm, wie beiläufig bei einem Raubzug über die Schulter geworfen. Diesmal war mein Gesicht vor Schmerz verzerrt. Dann Auschwitz. Dann Ruinen.

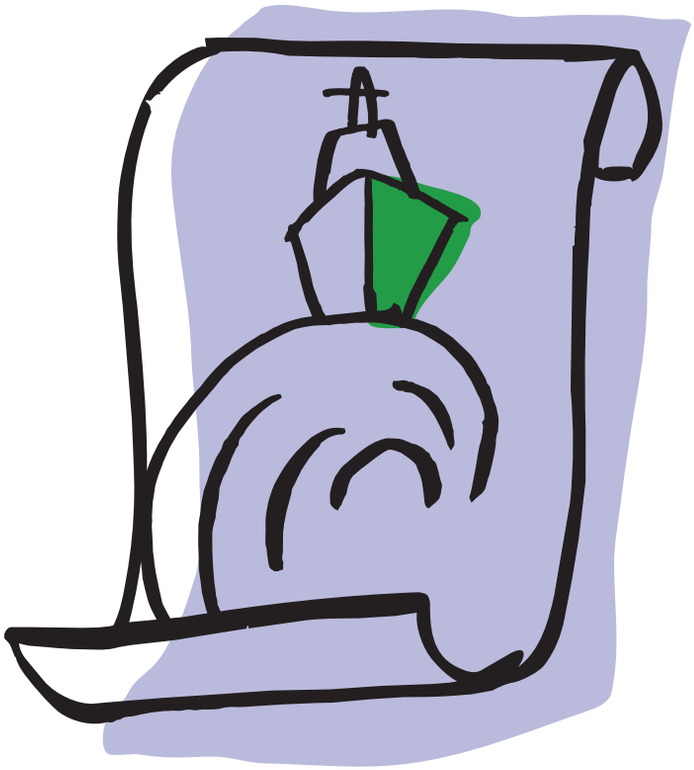
Und dann, nach 1945, etwas Unwahrscheinliches. Nie wieder, sagtet ihr. Ihr nahmt Kohle und Stahl, die Stoffe eurer Kriege, und machtet aus ihnen den Anfang einer Gemeinschaft. Frankreich und Deutschland, Italien, Belgien, die Niederlande, Luxemburg. Verträge statt Schlachtfelder. Ausschüsse, Gerichte, Sitzungen. Es sah nicht aus wie ein Mythos. Vielleicht war gerade das seine Schönheit. Ihr lerntet, dass Frieden manchmal die Gestalt einer Sitzung annimmt.

Doch auch hier ist meine Geschichte trüb. Während ihr euch versöhntet, führten europäische Staaten noch Kolonialkriege. Als ihr 1957 in Rom eure Europäische Wirtschaftsgemeinschaft begründetet, kämpften Menschen in Algerien darum, nicht länger französische Untertan:innen zu sein. Der Kongo war noch belgisch. Europa versprach Frieden, während seine Imperien noch zerfielen.

Vielleicht also bin ich genau das: ein Widerspruch, der versucht, ein Versprechen zu werden

Aus sechs wurden mehr. Aus Gemeinschaft wurde Union. Grenzen, über die Armeen gezogen waren, wurden durchlässig. Ihr gabt Staaten gemeinsame Institutionen und Gerichte und schriebet die Würde des Menschen an den Anfang eurer Texte. Was ihr geschaffen habt, war nicht nichts. Es war unwahrscheinlich.

Und du, Schweiz? Du hast dieser Union zugesehen. Du bist ihr nicht beigetreten. 1992 sagtest



Literatur

Heine, Heinrich (1851): *Romanzero*, Hamburg.

Herodot (2001): *Historien*, übersetzt von Josef Feix, Düsseldorf.

Pizan, Christine de (ca. 1405–1410): *Le Livre de la Cité des Dames*, Paris, Bibliothèque nationale de France, Département des Manuscrits, Français 607.

du Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum. Danach entstand der bilaterale Weg: Abkommen statt Mitgliedschaft, sektorale Teilnahme statt institutioneller Zugehörigkeit. Du bist Teil von Schengen, dein Arbeitsmarkt ist mit dem der Union verknüpft, deine Unternehmen sind eng mit dem EU-Binnenmarkt verflochten, deine Hochschulen forschen in europäischen Programmen – und doch sprichst du manchmal von Europa, als läge es irgendwo hinter Basel, Chiasso oder Genf. Ich muss darüber lächeln. Wo glaubst du denn, dass du stehst?

Und nun sitzt du wieder über Verträgen. Du sprichst über Löhne und Gerichte, Strom und Forschung, Personenfreizügigkeit und Beiträge. Über Souveränität, Mitbestimmung und darüber, wie viel Nähe möglich ist, ohne Mitglied zu sein. Das sind konkrete Fragen.

Aber unter ihnen liegt eine grössere.

Was bin ich euch?

Ein Markt? Eine Nachbarschaft? Eine Wertegemeinschaft? Eine politische Ordnung, von der ihr Abstand halten wollt? Oder eine Geschichte, zu der ihr längst gehört? Ihr fragt: Wie viel Europa wollen wir? Ich würde anders fragen: Welches Europa wollt ihr? Nein, ich korrigiere mich: Welches Europa wollen wir?

Denn heute stehe ich wieder am Meer. An dem Meer, über das der Stier mich trug. Es ist Ferienmeer, Handelsroute, Aussengrenze. Und Grab. Menschen kommen über dieses Meer aus jener Richtung, aus der einst auch ich kam. Und wieder sprecht ihr von innen und aussen, zugehörig und fremd. Dabei habt ihr die Würde des Menschen an den Anfang eurer Texte geschrieben. Vielleicht entscheidet sich gerade an dieser Linie, was diese Worte bedeuten: ob ihr vom Menschen sprecht – oder nur von euch.

Manchmal denke ich deshalb zurück an das Mädchen am Strand. An meine Hand auf dem Fell des Stiers, an den Augenblick, bevor er sich erhob. Europa war am Anfang keine Herkunft. Europa war eine Überfahrt. Eine Fremde, die ankam. Eine Frau aus Asien, deren Name einmal Menschen gehören sollte, die sich von Asien unterscheiden wollten. Aber meine Union ist keine Grenzlinie, meine Union ist eine Frage: Können Menschen verschieden bleiben und dennoch etwas miteinander teilen? Kann aus einer Geschichte der Gewalt eine Praxis des Friedens entstehen? Kann ein Kontinent, der die Welt beherrschen wollte, lernen, in ihr zu leben?

Ich kenne die Antworten nicht. Ich bin nicht eure Antwort. Ich bin der Name, unter dem ihr sie sucht.

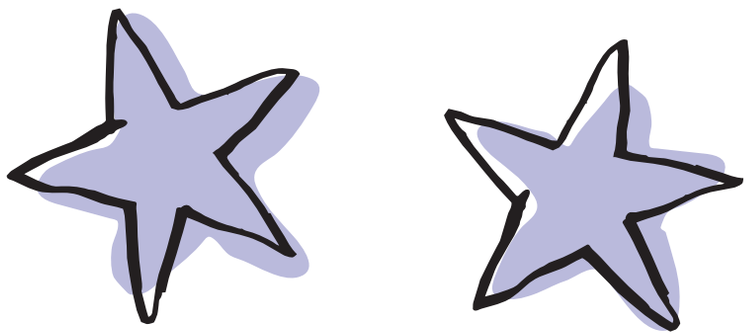
Und du, Schweiz, stehst nicht ausserhalb dieser Frage.

Wenn du also wieder einmal fragst, wie viel Europa du willst, erinnere dich für einen Augenblick an mich, das fremde Mädchen am Meer. Und frage: Welches Europa wollen wir gemeinsam hervorbringen?

Meinen Namen hast auch du längst. Was er bedeutet, ist noch nicht entschieden.

Andreas Rieger und Regula Rytz

Europa in Bewegung – die Schweiz mittendrin



Die Schweiz bewegt sich nicht ausserhalb Europas, sondern mitten in seinen Widersprüchen. Während Grossmächte Regeln brechen, Märkte abschotten und demokratische Spielräume verengen, schrumpft der Alleingang zur Illusion. Wer heute souverän handeln will, braucht verbindliche Bündnisse – und den Mut, Europa nicht nur als Markt, sondern als politischen Raum zu begreifen.

Heute dominieren erneut wenige Grossmächte, zu denen sich auch China gesellt hat, das Weltgeschehen. Sie spielen sich aggressiv auf und nehmen kleinere Nationen und regionale Nationengruppen unter ihre Fittiche. Sie blockieren mit ihren Vetos im Sicherheitsrat die UNO. Sie greifen international gültige Regeln offen an oder unterlaufen sie, vom Pariser Klimaabkommen über den Menschenrechtsrat bis zum internationalen Strafgerichtshof.

Wer in dieser konfliktgeladenen Gemengelage glaubt, die Schweiz könne in Äquidistanz zu allen Lagern den Alleingang wählen, betreibt Selbstbetrug. Die Schweiz ist mit ihrer kleinen Volkswirtschaft viel zu abhängig von internationalem Austausch und Zusammenarbeit. Eigenständig war die Schweiz in ihrer Geschichte selten, sie hat sich vielmehr als Dienerin vieler Herren durchgewurstelt und ein Talent im Rosinenpicken entwickelt. Dies wird immer weniger akzeptiert, wie zum Beispiel das Ende des «Bankgeheimnisses» und der aktuelle Zollstreit zeigen.

Selbst gewichtigere Nationen wie Grossbritannien haben allein nicht genügend Spielraum zur isolierten Selbstbestimmung. Der Brexit ist unter dem Banner der Rückgewinnung der Souveränität losgetreten worden, aber stattdessen hat Grossbritannien an wirtschaftlicher und geopolitischer Kraft verloren.

Eine potenziell fortschrittliche Kraft

In dieser geopolitischen Lage kommt der Europäischen Union heute eine immer wichtigere Rolle zu. Nur sie kann die Kraft entwickeln, um sich der Dominanz der Grossmächte entgegenzustellen. Als drittgrösste Volkswirtschaft der Welt und mit ihren mehrheitlich demokratisch funktionierenden Ländern hätte sie genügend Gewicht für die Durchsetzung von fortschrittlicher Politik.

Dies ist auch die Erwartung der grossen Mehrheit der Bevölkerung, welche zur EU mehr Vertrauen hat als zur eigenen Regierung. Gemäss Eurobarometer 2026 beurteilen zwei Drittel der Bevölkerung die Mitgliedschaft ihrer Länder in der EU als positiv. Der wichtigste Vorteil wird im Beitrag zum Schutz des Friedens und der Sicherheit gesehen. 90 Prozent erwarten von der EU eine Förderung des internationalen Völkerrechts.

Doch wir wissen: Die EU ist derzeit in gefährlichen politischen Richtungskämpfen gefangen und kann die – eigentlich – geforderte Rolle oftmals nicht ausfüllen. Die Europawahlen 2024 haben rechtsradikale Parteien gestärkt. Die Euro-

Autor:innen

Andreas Rieger ist Gewerkschafter und war bis 2012 Co-Präsident der Unia. Er ist als Autor und Referent zu Fragen der Arbeitswelt und Gewerkschaftspolitik tätig.

Regula Rytz ist Historikerin und war bis 2020 Präsidentin der GRÜNEN Schweiz. Heute ist sie Präsidentin von Helvetas.

päische Volkspartei EVP, die grösste Fraktion im Parlament, bildet zwar in der EU-Kommission mit den Sozialdemokraten und Liberalen eine Mitte-links-Koalition. Doch gleichzeitig spannt sie mit den Rechtsradikalen zusammen, sei dies in der Asyl- oder on der Umweltpolitik. Auch die Vertreter:innen der grossen Multis lobbyieren in Brüssel für Rückschritte und Deregulierung. Dieses Kräftemessen zeigt sich in verschiedenen Bereichen:

- Dem *Lieferkettengesetz* konnte die Unternehmenslobby einige wichtige Zähne ziehen, die Anzahl unterstellter Unternehmen ist massiv reduziert. Das Gesetz bleibt aber immer noch um einiges schärfer als die Regelungen in der Schweiz.

- Im Bereich der *Arbeitspolitik* hat die Richtlinie für Mindestlöhne und Kollektiv-Verhandlungen die Arbeitnehmenden zweifellos gestärkt. In vielen Ländern erfolgt derzeit eine Umsetzung in die nationale Gesetzgebung. Gleiches gilt für die Regulierung der Plattformarbeit. Doch auch in der Arbeitspolitik verlangen Unternehmenslobbys Deregulierung. So sollen transnationale Unternehmen neu frei wählen können, welcher der 27 Arbeitsgesetzgebungen der Mitgliedsländer sie sich unterstellen wollen.

- Zum zweiten Mal seit Corona setzt die EU unter dem Titel «Made in Europe» zu *industriepolitischen Massnahmen* an. Sie will der protektionistischen Politik der USA begegnen und auf China antworten, das die Märkte mit subventionierten Produkten überschwemmt. Industriepolitik war bisher ein Tabu in der Schweiz, auch weil sie zu klein dafür ist. Es braucht nun ein Zusammengehen mit der EU, um einen nächsten Schub der Desindustrialisierung zu verhindern.

- Im Bereich der *Digital- und Datenpolitik* hat sich die EU bisher mit ihrem Datenschutz- und Steuerrecht den US-Tech-Oligarchen entgegengestellt. Periodisch müssen diese milliardenhohen Bussen und Steuernachzahlungen entrichten. Donald Trump verlangt die sofortige Abschaffung aller EU-Regeln, welche die «Publikations-Freiheit» der US-Unternehmen und ihre Profite schmälern. Die Schweiz dagegen bleibt im Windschatten und gewährt den Tech-Oligarchen Unterschlupf.

- In der *Klima- und Umweltpolitik* ist die EU auf dem Papier ehrgeiziger als die Schweiz. Zahlreiche Schlupflöcher und «Flexibilitäten» schmälern aber die Umsetzung. Auch der Ausstieg aus dem Verbrennermotor steht auf der Kippe.

All dies zeigt: Die EU ist ein wirtschaftlich und politisch relevanter Handlungsraum, in dem fortschrittliche Lösungen auch in Zukunft möglich sind. Solche Lösungen werden auf EU-Ebene von den gleichen Kräften bekämpft, die auch in der Schweiz die Umverteilung von unten nach oben und die Umweltkrisen befeuern. Klar ist: Isoliert in der Schweiz ist dagegen nicht anzukommen. Die Schweiz kann nur durch eine verbindliche Zusammenarbeit mit der EU «souverän» ihre eigene Politik und Gesetzgebung weiterentwickeln. Die Bilateralen III bieten dazu einen soliden Rahmen. Dies unter der Voraussetzung, dass das Schweizer Parlament eine ausgewogene Vorlage mit starken flankierenden Massnahmen zum Schutz der Arbeitnehmenden beschliesst. Gleichzeitig ist es für die fortschrittliche Politik wichtig, die Zusammenarbeit mit transeuropäischen Bewegungen und Bündnispartnern zu stärken.

Gemeinnützig? Kommt drauf an.

Wer dem Liberalen Institut spendet, kann die Spende von den Steuern abziehen. Wer Denknetz unterstützt, kann das nicht.

Das Liberale Institut gilt als gemeinnützig. Denknetz nicht. Obwohl wir vor über zehn Jahren diesen Entscheid der Steuerbehörde angefochten haben – bis vors Verwaltungsgericht. Erfolglos.

Wer entscheidet eigentlich, was der Gesellschaft nützt? Und wer bekommt dafür politischen und finanziellen Spielraum?

Wir finden jedenfalls: Wer Wissen öffentlich zugänglich macht, gesellschaftliche Debatten organisiert und an Alternativen arbeitet, leistet einen Beitrag zum Gemeinwohl.

Gerade in einer Welt im Umbruch ist es nicht nebensächlich, wer solche Räume schaffen und finanzieren kann.

Deshalb nehmen wir die Sache wieder auf. Ihr hört von uns.

Emilie Clavel und Camille Naef

Slow Work als Widerstand

Die Zeit zerrinnt uns zwischen den Fingern. *Slow Work* stellt der Logik von «höher, schneller, weiter» ein anderes Prinzip entgegen: eine Arbeitszeit, die sich an Fürsorge statt an Produktivität orientiert. Die Soziale Arbeit zeigt dabei besonders deutlich, was auf dem Spiel steht.

Autor:innen

Emilie Clavel, Politikwissenschaftlerin und Co-Geschäftsleiterin von AvenirSocial, sie ist auf Sozialpolitik spezialisiert.

Camille Naef, Expertin für Ökosoziale Arbeit, ist bei AvenirSocial für die fachlichen Grundlagen verantwortlich.

Das Gefühl, die Zeit zerrinne uns zwischen den Fingern, kennt wohl jede:r. Zwar wird moniert, die geleisteten Arbeitsstunden seien seit dem letzten Jahrhundert stark gesunken. Das ist aber nur die halbe Wahrheit: Gestiegen ist nämlich die Arbeitsintensität – die Menge der Aufgaben, die dafür verfügbare Zeit und die Komplexität. Im Sog von Wirtschaftswachstum und digitaler Revolution sorgt die Intensivierung der Arbeit für immer mehr Stress und Erschöpfung, mit direkten Folgen für die Gesundheit der Arbeitnehmer:innen.

Dabei hätte die Coronakrise laut dem Philosophen Edgar Morin (2020) einen Paradigmenwechsel einläuten können. Aber nein: Unter dem Deckmantel der Flexibilisierung und der Versprechen von *New Work* hat sich der Arbeitsrhythmus weiter erhöht. Durch die Entmaterialisierung, die Digitalisierung und die aufkommenden generativen KI-Tools. Die Vorgabe, mit weniger Ressourcen und in kürzerer Zeit mehr zu leisten, gilt als Goldstandard der Produktivitätslogik.

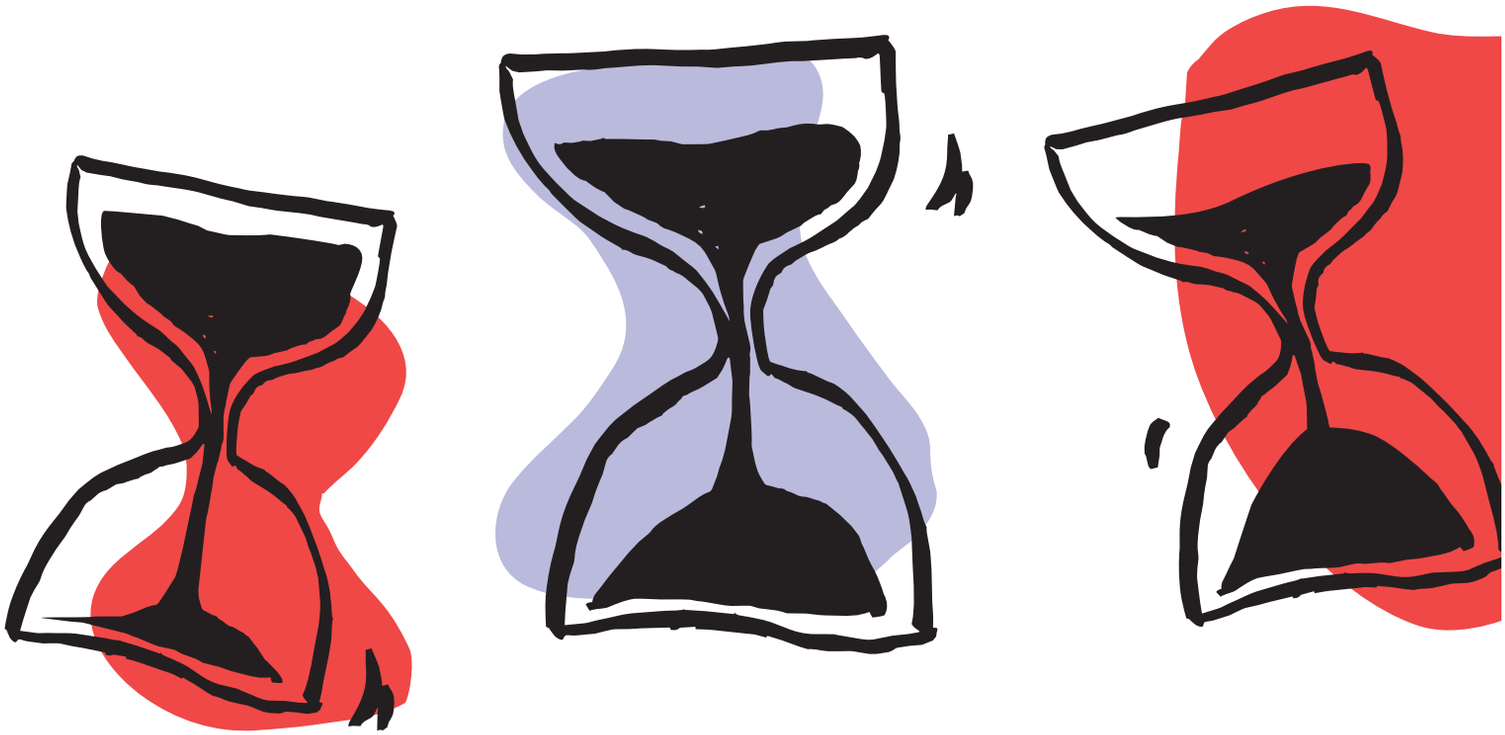
Slow Work: eine Frage des Gleichgewichts?

Die Intensivierung der Arbeit ist eine Tatsache, die sich in allen Branchen feststellen lässt, besonders aber in personenbezogenen Berufen wie der Sozialen Arbeit, wo die Basis für die Ausübung immer stärker bröckelt. Wer sich mit der Zeit auseinandersetzt, die wie Sand zwischen den Fingern zerrinnt, stellt vieles infrage. Inspiriert vom *Slow Movement* bezeichnet *Slow Work* eine Arbeitsweise, die ein Gleichgewicht zwischen individuellen Rhythmen und organisatorischen Zielen anstrebt. Dabei setzt sie auf qualitative Ziele, Zeit zum Nachdenken und zur Erholung, Sinnhaftigkeit und die Humanisierung der Arbeit (Silvestre et al. 2024: 18).

Bei dem Ende der 1980er-Jahre in Italien als Gegenbewegung zur Standardisierung der Konsumgewohnheiten entstandenen *Slow Movement* ging es ursprünglich um gesunde und faire Ernährung, bevor die Bewegung sich auf andere Bereiche ausweitete. Während der Begriff oft romantisiert wird, lieferte Carl Honoré (2005) eine differenziertere Definition. Entschleunigung sei das Gleichgewicht, das uns das Hier und Jetzt auf sinnvolle, nachhaltige und bewusste Weise erleben lasse. Also alles andere als ein reaktionäres Vorhaben, um Gesellschaften in eine vorindustrielle Utopie zurückzukatapultieren.

Drei Pfeiler der Fürsorge

In personenbezogenen Berufen wie der Sozialen Arbeit ist Vivienne Bozalek (2020) eine der wenigen, die den Arbeitsrhythmus hinterfragen: Entschleunigung ist nicht als Verzicht, sondern als Widerstand gegen den Imperativ des «höher, schneller, weiter» zu werten. Dabei entsteht ein



Raum für Reflexion und Achtsamkeit gegenüber anderen. *Slow Work* stösst sich also nicht an der bei gewissen Interventionen zwingenden Dringlichkeit, sondern an der systemischen Spirale der Beschleunigung. Deshalb stützt sich *Slow Work* auf drei sich ergänzende Säulen: Selbstfürsorge, Fürsorge für andere und Fürsorge für die Umwelt – drei Dimensionen, die hier am Beispiel der Sozialen Arbeit veranschaulicht werden.

Bei der *Selbstfürsorge* als erste Säule geht es darum, die eigene Fähigkeit, aufmerksam und präsent zu sein, zu erhalten und so das eigene Wohlbefinden zu stärken. Für Angestellte impliziert dies beispielsweise ein Recht auf digitale Auszeit als ethische Grundlage der Tätigkeit in der Sozialen Arbeit. Dass ein institutionelles Bewusstsein dafür entsteht, zeigt ein im Kanton Neuenburg kürzlich vom Grossen Rat angenommenes Postulat, das ein Recht auf digitale Auszeiten zum Schutz der Gesundheit anerkennt. Ein erster Schritt in die richtige Richtung, der überall nötig ist.

Der zweite Pfeiler, die *Fürsorge für andere*, ist für beziehungsorientierte Berufe wesentlich – etwa für die Identität der Sozialen Arbeit. Die Profession ist historisch gesehen aus Care-Praktiken heraus entstanden, die mit Frauen assoziiert wurden und lange Zeit als Ausdruck «natürlicher» Eigenschaften wie Empathie oder emotionale Verfügbarkeit galten (Keller 2019: 27). Diese Vorstellung ist mitschuldig daran, dass der professionelle Wert dieser Praktiken unsichtbar gemacht wurde. Wie stossend dies ist, machen die feministischen Bewegungen deutlich: Sie haben diese Dimension explizit in den Mittelpunkt des für den 14. Juni 2027 angekündigten feministischen Care-Streiks gestellt und unterstreichen damit die Bedeutung einer für die Gesellschaft unverzichtbaren, aber weitgehend unsichtbaren Arbeit.

Der dritte Pfeiler, *Fürsorge für die Umwelt,* öffnet sich der Aussenwelt und ruft nach einer Rückbesinnung auf die Natur. Das zeigt die Charta für eine sozial-ökologische Soziale Arbeit in der Schweiz (AvenirSocial 2025: 5), die vorschlägt, natürliche Räume – Parks, Wälder, städtische und ländliche Lebenswelten – bewusst als Rahmen für Interventionen zu nutzen. Diese Orte stärken die Resilienz, prägen das soziale Miteinander, bauen Hierarchien zwischen Beziehungen ab und ermöglichen die Koexistenz von Mensch und Natur – ein Prinzip, das sich auch auf anderes übertragen lässt.

Zeit als Widerstand

Slow Work lädt somit dazu ein, die Arbeitszeit anders zu gestalten – mit Raum für sich selbst, für andere und für die Welt, in der wir leben. Fürsorge braucht Zeit. Diese Zeit lässt sich nicht beschleunigen, standardisieren oder beliebig verkürzen. Vielleicht beginnt genau hier der Widerstand: in der Weigerung, jede Minute dem Diktat der Produktivität zu unterwerfen.

Aus dem Französischen von Monika Gschwend.

Literatur

AvenirSocial (2025): *Charta für eine sozial-ökologische Soziale Arbeit in der Schweiz: Eine Adaption der People's Charter for an Eco-Social World*, 11.11.2025, www.avenirsocial.ch/2025_peoples-charter_avenirsocial_de/.

Bozalek, Vivienne (2020): Propositions for Slow social work, in: Bozalek, Vivienne/Pease, Bob (Hrsg.): *Post-Anthropocentric Social Work: Critical Posthuman and New Materialist Perspectives*, London/New York, S. 144–160.

Honoré, Carl (2005): *Éloge de la lenteur*, Paris.

Keller, Véréna (2019): Cent ans de travail social en Suisse, in: *Les Politiques Sociales*, S. 19–33.

Morin, Edgar (2020): *Changeons de voie: Les leçons du coronavirus*, Paris.

Silvestre, Maria João et al. (2024): Slow Work: The Mainstream Concept, in: *Social Sciences*, S. 1–24.

Michael Graff, Ruth Gurny, Véréna Keller und Günther Latzel

Gutes Wohnen für alle ist eine Frage des Eigentums

Die hohen Mieten gehören seit Jahren zu den grössten Sorgen der Bevölkerung. Auf bürgerlicher Seite wird behauptet, dass zu wenig gebaut werde, vor allem weil das Bauwesen überreglementiert sei. Das eigentliche Problem liegt aber woanders: Es sind die Bodenpreise und das Profitstreben, welche die Wohnkosten derart steigen lassen.

Gerade auch beim Wohnen geht es um die Eigentumsfrage. Das wusste schon der Ur-Liberale Adam Smith. Stellen wir uns vor, der Schweizerische Hauseigentümerverband HEV würde ihn von den Toten erwecken und zu seiner Mitgliederversammlung 2027 einladen, die dem Thema «Freiheit und das Eigentum an Boden» gewidmet wäre. Ein Bericht darüber würde sich vielleicht so lesen:

Gregor Rutz, SVP-Nationalrat und Präsident des HEV, machte in seiner Begrüssung klar: «Nur wo Eigentum respektiert wird, kann eine Gesellschaft in Freiheit leben» (Rutz 2024). Dann übergab er das Wort an Adam Smith.

Oligarchische Verhältnisse – heute wie damals!

Der Gastreferent betonte zuerst seine liberalen Überzeugungen. Sodann skizzierte er die Situation auf dem Immobilienmarkt zu seiner Zeit und zog Parallelen zur Gegenwart: Damals besassen weniger als 1 bis 2 Prozent der Bevölkerung den Grossteil des Landes. Heute wird in der Stadt Zürich knapp die Hälfte (46 %) der Wohnfläche von rund 400, das heisst etwa 1 Prozent der Eigentümer kontrolliert (Oertli/WAV 2026). Davon machen institutionelle Anleger den grössten Teil aus, der zudem immer weiterwächst.

Grundeigentum als gesellschaftliche Verpflichtung

Daraufhin wurde Adam Smith grundsätzlich und zitierte aus seinem Hauptwerk «Wohlstand der Nationen»: Feudalen Grundbesitz sah er als Quelle oligarchischer Freiheit für wenige und der Unfreiheit für viele. Individuelle Freiheit gebe es erst durch die Demokratisierung der Bodenmacht. Wenn Boden primär Rendite generiere statt Wohnraum, verliere Eigentum seine gesellschaftliche Legitimation. Dem HEV-Präsidenten entgleisten ob diesen Aussagen dann und wann die Gesichtszüge.

Finanzialisierung der Immobilienwirtschaft gefährdet die Demokratie

Im zweiten Teil seiner Ausführungen erklärte Adam Smith, dass er zutiefst misstrauisch sei gegenüber der Macht von Banken und anderen Kreditgeber:innen; sie bedrohe die Freiheit der Vielen, verzerre Märkte und verderbe Regierungen. Sein Misstrauen gegenüber der Finanzmacht sei moralphilosophisch begründet: Macht, die nicht aus produktiver Tätigkeit entstehe, neige zur Korruption. Er sehe die Finanzmacht als strukturelle Gefahr für Demokratie und Freiheit. Er beschrieb, wie mächtige Gruppen (damals:

Autor:innen

Michael Graff ist Soziologe und Ökonom sowie emeritierter Professor der ETH Zürich.

Ruth Gurny ist Soziologin und war bis zu ihrer Pensionierung Professorin für Soziologie und Sozialpolitik an der ZHAW.

Véréna Keller ist emeritierte Professorin und ehemalige Studiengangsleiterin an der Fachhochschule Soziale Arbeit Lausanne.

Günther Latzel war als Berater im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen tätig und ist Gründer und ehemaliger Partner von BRAINS.

Adam Smith

Adam Smith (1723 – 1790) gilt als Vater der klassischen Nationalökonomie. Zum Grundeigentum nahm er ausführlich Stellung in seinem Hauptwerk «Wealth of Nations» von 1776, dem von Liberalen ähnliche Bedeutung zugesprochen wird, wie auf linker Seite dem «Kapital» von Karl Marx. Die Zitate stammen aus der deutschen Übersetzung «Wohlstand der Nationen» [WN], Köln: Anaconda Verlag 2009.

«Überall, wo viel Eigentum ist, da ist auch grosse Ungleichheit. Für einen sehr reichen Mann muss es wenigstens fünfhundert Arme geben, und der Überfluss bei den wenigen setzt die Dürftigkeit bei der Menge voraus.» (WN, S. 724).

«Sobald aller Grund und Boden eines Landes Privateigentum geworden ist, begehren die Grundbesitzer, gleich allen anderen Menschen, ‹zu ernten, wo sie nicht gesäet haben›, und verlangen sogar für ihre natürlichen Produkte eine Rente.» (WN, S. 55).

«Leute von demselben Gewerbe kommen selten [...] zusammen, ohne dass ihre Unterhaltung mit einer Verschwörung gegen das Publikum oder einem Plan zur Erhöhung der Preise endigt.» (WN, S. 138).

«[...] gewöhnliche Grundrente[n] oder Bodenrente[n] sind [...] Einkünfte[], welche der Eigentümer meistens zieht, ohne dass es ihn Arbeit und Sorge kostet.» (WN, S. 869).

«Die Platzrenten und die gewöhnliche Bodenrente sind also vielleicht diejenige Art von Einkünften, die am leichtesten eine ihnen eigentümliche Steuer tragen können.» (WN, S. 870).

Literatur

Oertli, Balz/WAV Recherchekollektiv (2026): Ein Prozent der Eigentümer besitzt die Hälfte des Zürcher Wohnraums, 30.6.2026, www.tsri.ch/a/tag/grundbuch-recherche.

Rutz, Gregor (2024): Lieber Hausbesetzer als Hausbesitzer, in: *Der Hauseigentümer*, 8.8.2024, www.der-hauseigentuemer.ch/artikel/lieber-hausbesetzer-als-hausbesitzer-198899.

Smith, Adam (2009): *Wohlstand der Nationen*, Köln.

Kaufleute, Landlords) Gesetze formten, die ihnen Vorteile verschafften. Die heutige Finanzmacht im Immobilienmarkt (Pensionskassen, Private Equity, Banken) sei eine moderne Form, der im 18. und 19. Jahrhundert kritisierten Grundbesitzer- und Rentiersklasse. Ihr Ziel sei nicht der Bau von Wohnraum, sondern die Maximierung der Rendite ihrer Investitionen.

Besteuerung der Bodenrenten als erster Schritt einer langfristigen Strategie

Smith empfahl systemimmanente Aktivitäten (heute: Kündigungsschutz, Mietenkontrolle, Vorkaufsrecht usw.), um die Steigerung der Wohnkosten wenigstens zu bremsen. Die Fokussierung darauf allein sei aber immer nur Schadensbegrenzung. Deshalb befürwortete er insbesondere, Bodenrenten als unverdiente Einkommen durch eine Landsteuer abzuschöpfen, was Investitionen in Immobilien rein finanziell unrentabel machen würde. Auch die Entkoppelung von Boden und Finanzmarkt sei ihm wichtig. Daraus leitete Smith vier aktuelle strategische Ziele ab:

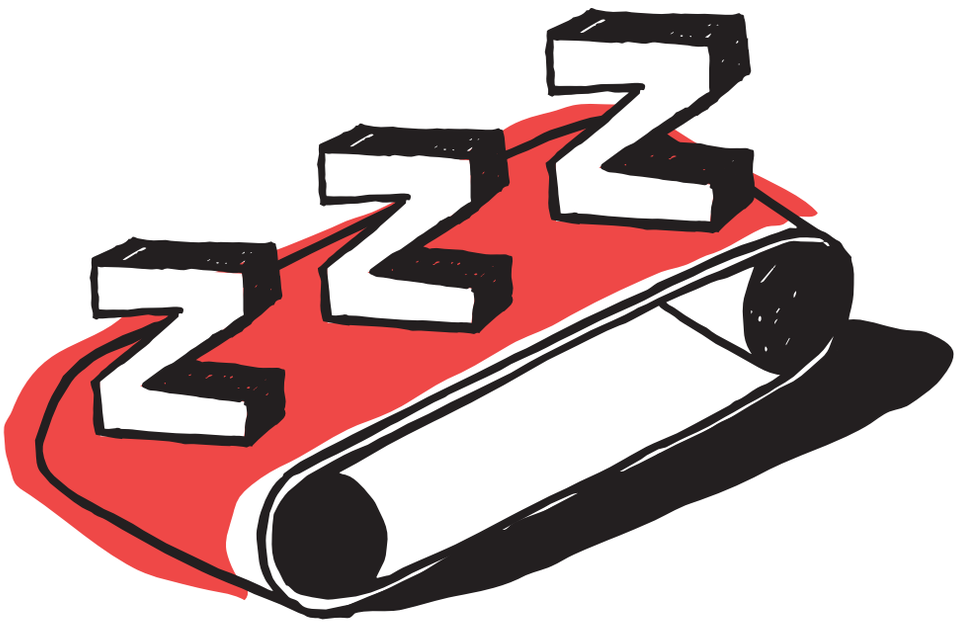
- Boden wird in gemeinwohlorientierte Hand überführt,
- Nutzungsrechte, nicht Eigentum, werden vergeben,
- Wertsteigerungen fliessen an die Allgemeinheit,
- Entscheide werden demokratisch getroffen.

Abschliessend betonte Adam Smith, dass damals wie heute sowohl Freiheit als auch Macht im Bodeneigentum lägen. Deshalb korrigierte er aus liberaler Sicht das Zitat des Vorsitzenden Rutz: Nur wo Eigentum demokratisiert wird, kann eine Gesellschaft in Freiheit leben!

Magnus Meister

Wer produziert die Zukunft?

Neue Machtpolitik, neue Industriepolitik



Im Kapitalismus sind staatliche Interventionen wie die Bereitstellung von Infrastruktur, die Ausbildung von Arbeitskräften oder die Durchsetzung von Marktmechanismen mittels Kartellkontrollen die Regel. Die aktuelle Renaissance der Industriepolitik markiert dennoch einen Bruch. Industriepolitik ist nicht nur Katalysator von Krise und Konkurrenz, sondern auch mögliche Grundlage offensiver sozialistischer Strategien. Sie öffnet die politische Frage, wer was wie und für wen produziert.

Autor

Magnus Meister ist in der Internationalen Gewerkschaft der Lebensmittelarbeiter aktiv.

Seit 2020 nimmt die Anzahl industriepolitischer Interventionen wie Subventionen, Zölle oder lokale Wertschöpfungsvorgaben deutlich zu. In Europa sollen sie strategische Schwächen aufgrund der massiven Deindustrialisierung kontern; in China ist die Verflechtung von Staat und Wirtschaft konstituierender Bestandteil des wirtschaftlichen Entwicklungsmodells. Für die USA sind sie ein Machtinstrument gegenüber Chinas Erfolg bei Kommunikationstechnologie und Mikrochips.

Industriepolitische Massnahmen sind mehr als blosse staatliche Interventionen in den Markt; sie dienen der gezielten Gestaltung von strategischen Branchen. Nationalstaaten versuchen, einheimische Unternehmen vor stärkerer internationaler Konkurrenz abzuschirmen und ihnen Absatzmärkte im schrumpfenden Weltmarkt zu sichern. Gerade dadurch verstärken sie die globale Konkurrenz: Zölle und Protektionismus verengen den Weltmarkt, Subventionen steigern die Überproduktion.

Die schärfere ökonomische Konkurrenz wird zunehmend von einer geopolitischen überlappt. In einer Welt verschärfter zwischenstaatlicher Rivalität werden jene Industrien strategisch, die sowohl militärisch relevant als auch ökonomisch profitabel sind. Lag zunächst Dekarbonisierung im Fokus industriepolitischer Bestrebungen, erwies sie sich trotz staatlicher Garantien als un-

genügend zur Erfüllung gesteigerter Renditeerwartungen der Kapitaleigner:innen. Branchen, die in der militärischen Konkurrenz direkt wirken können, geraten ins Zentrum. Anreize zur Militarisierung sind *in der Industriepolitik selbst* angelegt. Sie verstärkt unter aktuellen Verhältnissen Konkurrenz und Eskalationsrisiko.

Verschleierung der Schweizer Industriepolitik

Auch die Schweiz ist von dieser Konstellation betroffen. Der Bundesrat lehnt Industriepolitik dennoch ab: Förder- und Subventionsprogramme schädigten die angestrebte Wettbewerbsfähigkeit per Definition – eine Tautologie, die jede Förderung von vornherein disqualifiziert (Schweizerischer Bundesrat 2024). Der Bund betreibt jedoch *faktisch* eine äusserst selektive Industriepolitik. Diese rhetorische Verbiegung verschleiert deren regressive Ausgestaltung und behindert Diskussionen über deren gesellschaftliche Kontrolle.

Das Klima- und Innovationsgesetz (KIG) zeigt diese Schieflage: 1,2 Milliarden Schweizer Franken öffentliche Gelder sollen während fünf Jahren Klimainvestitionen in emissionsreichen Industrien fördern, wovon der Staat den Unternehmen bis zur Hälfte erstattet, sofern sie diese rein privatwirtschaftlich nicht tätigen würden (KIG 2023). Syngenta erhielt 2025 dadurch fünf Millionen Schweizer Franken an Subventionen für ein Klimaprojekt in Monthey (Itinero 2026) – und brüstete sich dank «konsequent straffen Investitionsausgaben» einen Free Cashflow von 1,15 Milliarden US-Dollar erzielt zu haben (Syngenta 2026). Der Belegschaft verweigerte derselbe Konzern trotz Rekordgewinnen über Jahre den Teuerungsausgleich.

Das KIG ist schlechte Industriepolitik, da es weder bedarfsorientiert noch an soziale Auflagen geknüpft ist. Es ist auch wertmässig ungenügend. Für Netto-Null bis 2050 braucht es jährlich 12,9 Milliarden Schweizer Franken, ein Vielfaches der KIG-Summe (SBVg 2021). Entgegen den Aussagen von Wirtschaftsverbänden ist nicht die Kleinheit des Binnenmarktes das Hindernis wirksamer Industriepolitik, sondern die Verteilung von Ressourcen: 2025 schütteten die SIX-Konzerne über 60 Milliarden Schweizer Franken Dividenden aus, anstatt sie in ökologische Transformation zu investieren.

Wie die internationale Konkurrenz sind auch Schweizer Konzerne zunehmend an Aufrüstung interessiert. 60 Prozent der Armeebeschaffung soll künftig inländischen Unternehmen zugutekommen (Schweizerischer Bundesrat 2025), wodurch bis 2039 über 31 Milliarden Schweizer Franken zur MEM-Industrie fliessen sollen (VBS 2026). Von diesem gigantische Förderpaket profitieren in erster Linie Grosskonzerne, während es für die Bevölkerung Sparmassnahmen und Reallohnsenkungen mittels Erhöhung der Mehrwertsteuer gibt. Dies ist knallharte Klassenpolitik für Grosskonzerne – kein Wunder verficht Swissmem sie so eifrig. Die Frage ist nicht, ob es Industriepolitik gibt, sondern wem sie nützt und wer über ihre Bedingungen entscheidet.

Für eine Industriepolitik von unten

Die widersprüchliche Renaissance der Industriepolitik stellt die Linke vor politische Herausforderungen, die sie bislang noch zu wenig diskutiert. Sie untergräbt das dominante Dogma, Produktion sei eine naturwüchsige Angelegenheit des Marktes, und vergrössert den Spielraum zur Wirtschaftslenkung. Das industriepolitische Versteckspiel der Schweizer Behörden verengt zugleich wieder die Möglichkeiten für echte Umverteilung, während die Rechten reale Engpässe beim Wohnen oder der Mobilität fremdenfeindlich umdeuten. Zudem tendiert Industriepolitik unter herrschenden Verhältnissen zu einer einseitig auf Kapitalinteressen ausgerichteten Ausgestaltung.

Industriepolitische Strategien von links sind kein Selbstzweck: Wer über Produktion und Investitionen entscheidet, ist eine zentrale Machtfrage. Um dieses neue Spielfeld im Interesse der Beschäftigten anstatt des Kapitals zu nutzen, muss diese Industriepolitik von gesellschaftlichen Bedürfnissen nach würdevoller Arbeit, dem Zugang zu nützlichen Gütern, sowie intakten Naturbedingungen ausgehen. Dies benötigt Ressourcen, welche die Konzerne jedoch systematisch an die Aktionär:innen leiten, anstatt sie zu investieren.

Die Unia zeigte 2024 in der Stahlindustrie Möglichkeiten linker Industriepolitik auf. Dank Mobilisierungen rettete die Belegschaft in den Stahlwerken in Gerlafingen und Emmenbrücke 250 akut gefährdete Stellen. Nur dank dem Druck auf die nationale Politik erhielten die Werke Finanzhilfen, geknüpft an Standortgarantien sowie ein Dividenden- und Gewinnverbot. Entgegen der Industriepolitik à la KIG enthielt diese von unten durchgesetzte Massnahme soziale Bedingungen und diente als Hebel zum Arbeitsplatzerhalt.

Industriepolitik von unten, getragen von Gewerkschaften, Belegschaften und Zivilgesellschaft, ist ein erster Schritt in Richtung gesellschaftlicher Kontrolle über Investitionen und Produktion für Bedürfnisse statt für Profite. Sie muss ausgebaut werden: Wo Unternehmen Kurzarbeit oder Staatshilfen beanspruchen, müssen sich Belegschaften und ihre gewählten Vertretungen umfassend in Transformationsstrategien einmischen und diese an soziale und ökologische Bedingungen knüpfen. Eine solche Industriepolitik kann zwar Konzerne disziplinieren, löst die Machtfrage zwischen Arbeit und Kapital aber nicht, sondern stellt sie erst. Im Kapitalismus ist dies stets ein Kompromiss auf Zeit und sollte Auftakt zur Infragestellung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse sein und Perspektiven zu deren Überwindung aufzeigen – *das* zentrale Projekt für die sozialistische Linke.

Literatur

Itinero (2026): Programm ITINERO: Erste Projekte erhalten Förderung, Bundesverwaltung, Bern, 31.3.2026, www.itinero.admin.ch/de/erste-projekte-erhalten-foerderung.

KIG – Klimaschutz- und Innovationsgesetz (2023): *Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (Klimaschutz- und Innovationsgesetz, KIG) vom 30. September 2022 (Stand 1. Januar 2025)*, SR 814.31.

SBVg – Schweizerische Bankiervereinigung (2021): *Sustainable Finance. Investitions- und Finanzierungsbedarf für eine klimaneutrale Schweiz bis 2050*, in Zusammenarbeit mit Boston Consulting Group (BCG), Basel.

Schweizerischer Bundesrat (2024): *Bericht zur Lage der Schweizer Volkswirtschaft 2024 vom 22. Mai 2024*, BBl 2025 1459, Bern.

Schweizerischer Bundesrat (2025): *Die Rüstungspolitik der Schweiz im Wandel. Rüstungspolitische Strategie des Bundesrates vom 20. Juni 2025*, BBl 2025 2151, Bern.

Syngenta AG (2026): FY 2025 *performance*, Basel.

VBS (2026): *Rüstungsplanung, Ausrichtung auf die wahrscheinlichsten Bedrohungen, Stand Mai 2026*, Bern.

Nadja Mosimann und Pascal Zwicky

Einen Wandel in Gang setzen

«Weshalb gelingt kein breiter gesellschaftlicher Aufbruch in eine solidarische und nachhaltige Zukunft? Weshalb können die Wenigen weiterhin auf Kosten der Vielen profitieren? Und was treibt uns trotz allem an, wenn die Kräfte, die Veränderung verhindern, so mächtig sind?»

Autor:innen

Nadja Mosimann und Pascal Zwicky arbeiten bei Denknetz.

Krise. Immer. Überall. Seit mindestens 20 Jahren rollt eine Kaskade aus Wirtschafts-, Klima-, Demokratie- und anderen Krisen über uns hinweg und eine Krise verschärft die nächste. Längst stellt sich deshalb die Frage, ob der Begriff «Krise» überhaupt noch passt. Denn Krise suggeriert, dass irgendwann die Rückkehr zur Normalität möglich ist. Doch was, wenn wir gerade in ein neues Zeitalter eintreten – geprägt von Klimakollaps, wachsender Ungleichheit und neuen Machtkonzentrationen? Krise als the new normal.

Dabei wissen wir heute mehr denn je über die Welt. Wir erfahren in Echtzeit über Konflikte und Katastrophen und sehen, wo protestiert, gestreikt und gekämpft wird. Wir können innerhalb von Sekunden eine Petition unterschreiben, einen Aufruf teilen oder einen Hashtag verbreiten. Und trotzdem ist gesellschaftliche Veränderung nicht einfacher geworden. Vielleicht gerade wegen dieses permanenten Rauschens?

Seit sicher zwei Jahrzehnten stellt sich die Linke die Frage, weshalb sie in der Defensive ist. Weshalb bleibt das grosse Ganze, wie es ist? Weshalb gelingt kein breiter gesellschaftlicher Aufbruch in eine solidarische und nachhaltige Zukunft? Weshalb können die Wenigen weiterhin auf Kosten der Vielen profitieren? Und was treibt uns trotz allem an, wenn die Kräfte, die Veränderung verhindern, so mächtig sind?

Diesen Fragen geht Denknetz seit seiner Gründung vor mehr als 20 Jahren nach. Wir analysieren Machtverhältnisse, entwickeln Reformvorschläge und suchen nach Wegen, wie aus Ideen gesellschaftliche Kraft werden kann. Denn Wandel braucht Menschen, die sich zusammentun, organisieren, streiten, Druck aufbauen – und manchmal auch einfach anfangen.

Vielleicht ist genau das die schwierigere Frage: Wie wird aus einer guten Idee eine soziale Bewegung? Und aus einer Bewegung gesellschaftliche Macht?

Danach haben wir für die folgenden Seiten gefragt: Was tun progressive Akteur:innen ganz konkret, um einen Wandel in Gang zu setzen? Wir haben Organisationen und Initiativen aus unterschiedlichen Bereichen angefragt und sie gebeten, kurz von ihrer Arbeit, ihren Erfahrungen und ihren Vorstellungen zu erzählen.

Die Resonanz war überschaubar: Von 15 angefragten Organisationen haben sich neun zurückgemeldet. Ist das Desinteresse – oder liegt es an uns? Vielleicht erzählt die geringe Resonanz selbst schon eine Geschichte. Wer hat die Zeit und die Ressourcen, auf eine solche Anfrage zu reagieren? Wer kann sich Sichtbarkeit leisten? Und wer arbeitet dezentral, ehrenamtlich oder mit kleinen Teams, sodass selbst eine kurze Anfrage schnell zur zusätzlichen Aufgabe wird?
Gerade viele kleine, unabhängige und selbstorganisierte Organisationen und Initiativen verfügen über wenig Ressourcen für Öffentlichkeitsarbeit – darunter queere, migrantische, Schwarze, feministische und antirassistische Organisationen. Darüber hinaus haben genau diese Kollektive generell weniger Zugang zu Öffentlichkeit, Medien und Institutionen. Verwechseln wir deshalb geringere öffentliche Präsenz nicht mit fehlender politischer Relevanz. Diese Organisationen sind nicht einfach Stimmen, die in der Debatte noch fehlen. Sie organisieren heute Menschen, schaffen heute Räume, bauen heute Gegenmacht auf und verändern heute konkrete Lebensbedingungen.

Die folgenden kurzen Antworten sind deshalb kein vollständiges Panorama und kein Inventar der «progressiven Bewegung». Sie sind ein Kaleidoskop: vielfältig, unvollständig und manchmal widersprüchlich. Aber sie zeigen, wo Menschen heute ansetzen – und wie unterschiedlich Wege des Wandels aussehen können.

Dabei fällt auf: Politischen Wandel initiieren wir heute gleichzeitig online und offline. Ein Aufruf kann in wenigen Stunden Tausende Menschen erreichen, eine Kampagne über Social Media sichtbar werden. Doch Reichweite allein macht noch keine Bewegung. Die US-Midterms und die weltweiten Jugendproteste zeigen, wie viel politische Kraft entstehen kann, wenn digitale Mobilisierung auf Menschen trifft, die sich vor Ort zusammentun, auf der Strasse versammeln und auflehnen, die an Türen klopfen und Gespräche führen, die gemeinsam Strukturen aufbauen oder sie auch niederreissen.

Ein Algorithmus verteilt Aufmerksamkeit. Organisierung bündelt Macht.

Veränderung beginnt damit, dass wir uns irgendwo einmischen – in einer Gewerkschaft, einer Initiative, einem Verein, einer Nachbarschaft, einer politischen Gruppe oder ganz einfach dort, wo wir leben und arbeiten. Dabei dürfen wir leise oder laut sein, unbequem oder vermittelnd, neugierig oder entschlossen, organisiert oder spontan, protestierend oder aufbauend, auf der Strasse oder im Alltag. Hauptsache, wir bleiben nicht allein, denn Wandel braucht nicht nur progressive Perspektiven, sondern auch progressive Praxis.

Welt zu orientieren.

Ob im Umgang mit Online-Radikalisierung, Desinformation, Überwachung oder digitaler Souveränität: Das Dezentrum arbeitet an Projekten, die Menschen und Organisationen unterstützen, die Digitalisierung mitzugestalten und als Gesellschaft handlungsfähig zu bleiben. Gerade in Zeiten radikaler Unsicherheit ist dies wichtiger denn je.

Das Dezentrum ist ein Think & Do Tank für Digitalisierung und Gesellschaft. Es erforscht technologische Entwicklungen, entwickelt Zukunftsszenarien und setzt Impulse für eine digitale Transformation, die der Gesellschaft dient. Mehr Informationen unter dezentrum.ch.

Feministisches Streikkollektiv Zürich

Care-Arbeit ist die Grundlage jedes Lebens. Alle Menschen sind im Laufe ihres Lebens immer wieder in unterschiedlichem Umfang auf Care angewiesen. Aber mit der kapitalistischen Profitlogik lässt sich Care nicht vereinbaren.

Im Feministischen Streikkollektiv (FSK) verbünden sich FLINTAS und setzen sich ein für einen Wandel hin zu einer Gesellschaft, in der Care im Zentrum steht und für alle Menschen zugänglich ist. Für diesen Wandel unterstützt das FSK Arbeitskämpfe, vor allem in Care-Berufen, setzt sich mit Workshops für Bildung und Politisierung ein und organisiert seit 2019 jeden 14. Juni Demos, um feministischen, antikapitalistischen, antirassistischen Kämpfen mehr Sichtbarkeit zu verschaffen.

Drei zentrale politische Forderungen hat das Feministische Streikkollektiv Zürich im Rahmen der Kampagne Care-Steik 2027 aufgestellt:

- Arbeitszeitverkürzung auf 25 Stunden pro Woche
- Kostenlose Gesundheitsversorgung für alle
- Vergesellschaftung des Wohnraums

Das Feministische Streikkollektiv Zürich ist ein Zusammenschluss von FLINTAQ-Personen, die gemeinsam für eine gerechtere, feministische Zukunft kämpfen. Mehr Information unter feministischerstreikzuerich.ch.

soziale Sicherheit, für die Verbesserung der Löhne und gegen Ausgrenzung. Wir definieren uns als inklusive Bewegung, die für die 99 Prozent der Gesellschaft einsteht. Dementsprechend stellen wir uns dezidiert gegen Autoritarismus, Souveränismus und antidemokratische Tendenzen. Unsere Ziele erreichen wir, indem wir als Gewerkschaft wachsen und den Organisationsgrad in Branchen verbessern, die bisher wenig organisiert sind. Ein wichtiges Instrument sind Gesamtarbeitsverträge, die gute Arbeitsbedingungen festlegen und deren Einhaltung wir auch wirksam kontrollieren. Wir möchten unsere Mobilisierungskraft sowie unsere Kommunikation mit potenziellen Mitgliedern verbessern sowie die Bindung der derzeitigen Mitglieder stärken. In den Betrieben, in unseren Branchen, branchenübergreifend und in der Gesellschaft entwickeln wir gezielt Kampagnen, um unsere Ziele wirksam zu erreichen und schaffen immer wieder Momente der gelebten Solidarität.

Die Unia ist die grösste Gewerkschaft der Schweiz. Sie kämpft für bessere Arbeitsbedingungen, soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung. Mehr Informationen unter unia.ch.

Denn wer Wandel gestalten will, muss nicht nur Symptome bekämpfen, sondern die Bedingungen verändern, die Krisen hervorbringen.

Die Rechte hat gelernt, Krisen politisch zu nutzen. Die Linke muss dem eine eigene Vorstellung von Zukunft entgegensetzen, die eine wirkliche Alternative zum Bestehenden eröffnet. Kollektive Imagination kann helfen, diesen Vorstellungsraum zu füllen:

GRÜNE Schweiz

Wie bringen wir den Wandel ins Rollen? Unsere Antwort ist die Verbindung der Kräfte: Gemeinsam mit den sozialen Bewegungen tragen wir den Wandel sowohl im Parlament als auch auf der Strasse unüberhörbar vorwärts. Wir GRÜNE vereinen die progressiven Stimmen und tragen den Druck von den Feldern, den Quartieren und den Streiks direkt in die politischen Debatten. So stoppen wir die Klimakrise, indem wir den fossilen Ausstieg sozial verträglich anpacken und uns aus dem Klammergriff der Lobby befreien. Hand in Hand mit der feministischen Bewegung bekämpfen wir das Patriarchat an der Wurzel, fordern gleichen Lohn und das Ende von Gewalt. Und Seite an Seite mit der Zivilgesellschaft verteidigen wir Menschenrechte und Frieden gegen Profitinteressen. Indem wir parlamentarische Arbeit und ausserparlamentarischen Aktivismus zusammendenken, brechen wir Blockaden auf und ebnen den Weg für eine solidarische Zukunft.

Die GRÜNEN Schweiz setzen sich für den Schutz von Umwelt und Klima, soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung ein. Sie kämpfen für eine solidarische Gesellschaft, Menschenrechte und Frieden. Mehr Informationen unter gruene.ch.

Aktion Viervierteln

Das Recht auf Rechte. Diese berühmte Definition der Staatsbürgerschaft von Hannah Arendt ist keine nationalromantische Überhöhung, keine naive Vorstellung von Gleichheit in strukturell patriarchalen, kapitalistischen und rassistischen Gesellschaften. Sie ist eine simple Feststellung: In einer Welt von souveränen Nationalstaaten sind unsere Rechte und deren Verwirklichung letztlich an die Staatsbürgerschaft geknüpft – ob uns das passt oder nicht. Die Staatsbürgerschaft ist noch immer der einzige Garant für absolute Aufenthaltssicherheit und für tatsächliche politische Gleichstellung. Die Schweiz schliesst heute 27 Prozent ihrer Bevölkerung von der Staatsbürgerschaft und damit von der Demokratie aus. Das ist unhaltbar, so wie der Ausschluss der Frauen vor 1971 einer Demokratie unwürdig war. Deshalb haben wir 2023 die «Demokratie-Initiative» lanciert, über die bald abgestimmt wird. Unter anderem mit über 20 Lokalkomitees in der ganzen Schweiz und mit persönlichen Einbürgerungsgeschichten machen wir dieses Demokratiedefizit sichtbar: auf der Strasse, am Küchentisch, im Parlament, und an der Urne. Schliesslich wird sich die Feststellung durchsetzen: Es ist genug Bürgerrecht für alle da.

Die Aktion Viervierteln kämpft für eine Schweiz, in der alle Menschen gleichberechtigt dazugehören – unabhängig vom Pass. Sie setzt sich für gleiche Rechte und politische Mitbestimmung ein. Mehr Informationen unter viervierteln.ch.

Die Revolutionäre Jugend Zürich

Für einen Wandel braucht es einen Bruch – einen Bruch mit dem Kapitalismus, der am Ursprung unserer Ausbeutung steht und auf Unterdrückung fusst. Deshalb lehnen wir sämtliche reformistische Positionen ab. Erst recht die, die auf den bürgerlichen Staat setzen – dieser ist unser Feind. Unsere Richtschnur ist eine revolutionäre Perspektive. Entsprechend sind wir dort, wo ein Bruch mit dem Kapitalismus angelegt ist oder fassbar wird. Wir setzen dabei auf die Kraft der Jugend, die weltweit immer wieder Trägerin von Kämpfen und Bewegungen war und ist. Um unsere eigene Schlagkraft zu erhöhen und zu kämpfen, braucht es Organisierung. Wir wollen so die eigene Handlungsfähigkeit entwickeln, in einem breiteren gesamtgesellschaftlichen Prozess hin zur Revolution. Letztlich sind geschliffene Texte alleine aber billig, was zählt ist die Praxis. Militante erkennt man in erster Linie an ihrem Handeln, nicht an ihren Worten.

Die Revolutionäre Jugend Zürich ist das Jugendplenum des Revolutionären Aufbaus Zürich. Mehr Informationen unter rjz.ch.

Dezentrum

Als Think & Do Tank setzt sich das Dezentrum ein für eine digitale Transformation, die uns als Gesellschaft zugutekommt. Im Zentrum vieler Projekte stehen *Digital Literacy* und *Futures Literacy*, zwei Kompetenzen, die angesichts der rasanten Entwicklung generativer KI zunehmend zusammengedacht werden müssen.

KI verändert nicht nur, wie Informationen produziert und verbreitet werden. KI-Bilder, Deepfakes und massenhaft generierte Inhalte beeinflussen auch, was wir für real halten und wie wir uns die Zukunft vorstellen. Sie verstärken bestehende Narrative und prägen unsere Vorstellungsräume, bevor wir eigene Zukunftsbilder entwickeln.

Digital Literacy hilft, technologische Entwicklungen zu verstehen und digitale Inhalte kritisch einzuordnen. *Futures Literacy* öffnet den Blick dafür, dass die Zukunft nicht feststeht, sondern gestaltet werden kann. Zusammen helfen beide Kompetenzen, sich in einer sich schnell verändernden Welt zu orientieren.

Ob im Umgang mit Online-Radi-

JUSO

Der Kapitalismus liegt im Sterben und ein Gefühl der Ohnmacht hat sich in unserer Generation breitgemacht. Die Verunsicherung ist gross: Wenn wir die Entwicklungen bis hierhin nicht aufhalten konnten, wie soll es uns in Zukunft gelingen? Als JUSO kämpfen wir aktiv gegen die Gleichgültigkeit und Frustration an. Unsere Aufgabe ist es, junge Generationen zu politisieren und auszubilden. Mithilfe von konkreten politischen Projekten stellen wir grosse systemische Fragen und haben darauf klare Antworten. Neben der Bourgeoisie ist unser grösster Feind die Hoffnungslosigkeit. Wir wollen Klassenbewusstsein in unserer Generation schaffen und aufzeigen, dass es sich lohnt, für unsere Zukunft zu kämpfen. Wir geben unseren Mitgliedern ein solides ideologisches Fundament, politstrategisches Denken, konkrete politische Werkzeuge und ein Netzwerk von (alt-)JUSOs an die Hand. Das alles nehmen sie mit für ihr späteres Engagement in der SP und anderen Parteien, in Gewerkschaften, NGOs, Bewegungen, Kollektiven, im Studium oder am Arbeitsplatz. Denn: Veränderung schaffen wir nur zusammen.

Die JUSO ist die sozialistische Jugendorganisation der Schweiz. Jugendliche und junge Erwachsene engagieren sich für eine andere, gerechtere Gesellschaft. Mehr Informationen unter juso.ch.

Unia

Die gewerkschaftliche Arbeit der Unia hat die Stärkung der Rechte aller Arbeitnehmenden, ohne jegliche Diskriminierung, und soziale Gerechtigkeit zum Ziel. Darum setzen wir uns ein für den Schutz der Arbeitnehmenden, für soziale Sicherheit, für die Verbesserung der Löhne und gegen Ausgren-

Proberaum Zukunft

Was wäre, wenn Marine Le Pen Präsidentin Frankreichs würde, die USA aus NATO und UNO austräten und sich die verbleibenden Demokratien neu formieren müssten? Im Pre-Enactment «Die Allianz der letzten Demokratien» wurde dieses Szenario am Zürcher Theater Spektakel zum politischen Spiel: Das Publikum schlüpfte in die Rolle von Delegierten und musste entscheiden, ob die Schweiz einer neuen Allianz der Demokratien beitreten soll.

Solche Zukunftsexperimente machen gesellschaftliche Veränderung erfahrbar. Sie durchbrechen die Vorstellung, dass Zukunft einfach linear aus der Gegenwart hervorgeht, und eröffnen Räume für andere Möglichkeiten. Gerade für die Linke ist das wichtig. Denn wer Wandel gestalten will, muss nicht nur Symptome bekämpfen, son-

Der Verein Loconomie

Gemeinsam das eigene Getreide anbauen, Ölsaaten, Gemüse, Kräuter und Blumen, Obstbäume, eine Esshecke … Wie sieht die Kulturlandschaft aus? Was kommt auf unsere Teller? Die Beteiligten einer solidarischen Landwirtschaft (Solawi) organisieren Wirtschaft konkret vor Ort – partizipativ, genussvoll, ökologisch, sozial – und knüpfen an die Tradition von «Commons» an, ein bewährtes Konzept, das schon viel länger existiert als der Kapitalismus. Entfremdung rückabwickeln: Konsumierende sind oft als Genossenschaft organisiert und werden zu «Prosumierenden», ein Wortspiel zwischen «produzieren» und «konsumieren». Bezahlt werden nicht die Produkte, sondern der Betrieb. Das ist partizipative demokratische Wirtschaft, ein System-Change, der auch auf andere Branchen angewendet werden kann: Kleider, Möbel, Gesundheitszentren, Theater …

Der Verein Loconomie fördert lokale und kooperative Ökonomie und setzt sich für eine Demokratisierung der Wirtschaft ein. Er ist Träger der Kooperationsstelle für solidarische Landwirtschaft. Mehr Informationen unter solawi.ch.

Was wäre möglich, wenn wir die Bedingungen verändern? Und was bedeutet das für die Gegenwart?
→ Längere Version auf denknetz.ch

Proberaum Zukunft schafft seit 2017 Räume, in denen Menschen Zukunft nicht nur denken, sondern praktisch erproben. Mehr Informationen unter proberaum-zukunft.ch.

Hans Baumann, Robert Fluder, Nicolas Huber

Wenn die Statistik die Reichsten übersieht

Noch immer gilt die Einkommensungleichheit in der Schweiz als moderat und wird teilweise sogar als stabil und niedrig beschrieben. Gleichzeitig ist die Vermögensungleichheit extrem. Nun zeigt eine neue Studie, dass die Einkommensungleichheit grösser ist als bisher angenommen – mit Implikationen für die Steuerpolitik und den Beitrag der Reichsten.

Die Schweiz gehört weltweit zu den Ländern mit der höchsten Vermögenskonzentration. Das reichste Prozent der Haushalte besitzt heute 46 Prozent aller Vermögen, 1990 waren es erst 30 Prozent (siehe Denknetz 2026, Baumann und Fluder 2025a und 2025b). Gleichzeitig verfügt die Hälfte der Bevölkerung kaum über Vermögen. Hinzu kommt, dass die Gesamtvermögen im Vergleich zu den Einkommen immer wichtiger werden, was die Ungleichheit der gesamten finanziellen Ressourcen zusätzlich verschärft. Die wirtschaftliche Macht konzentriert sich also zunehmend bei einer kleinen Gruppe sehr Reicher.

Im Gegensatz dazu liegt die Schweiz bei der Einkommensungleichheit im europäischen Mittelfeld. Diese Diskrepanz ist erklärungsbedürftig: Aus den extremen Vermögen der reichsten Steuerpflichtigen müssten eigentlich erhebliche Vermögenseinkommen (Zinsen, Dividenden, Mieteinnahmen) entstehen, die sich auch auf die Einkommensungleichheit auswirken müsste.

Die systematische Unterschätzung hoher Einkommen

Diese Diskrepanz lässt sich damit erklären, dass hohe Einkommen systematisch unterschätzt werden. Meist werden für die Messung der Ungleichheit Steuerdaten verwendet; eine Datenquelle mit vielen blinden Flecken bei Vermögenden und Einkommensreichen.

Steuerprivilegien – Teilbesteuerung von Dividenden von Grossaktionär:innen, steuerfreie Ausschüttungen aus Kapitaleinlagereserven sowie Pauschalbesteuerung – führen dazu, dass ein erheblicher Teil der Kapitaleinkommen statistisch nicht erfasst wird.

Ein weiterer blinder Fleck sind Kapitalgewinne. Wertsteigerungen von Aktien, Unternehmen oder Immobilien sind in der Schweiz für Privatpersonen grösstenteils steuerfrei. Sehr vermögende Personen können diese Wertzuwächse aber wirtschaftlich wie Einkommen nutzen, etwa durch Belehnung der Vermögenswerte. Hinzu kommen nicht deklarierte Einkommen infolge Steuerhinterziehung. Schätzungen gehen davon aus, dass jährlich enorme Summen an Einkommen unversteuert bleiben. Es liegt auf der Hand, dass dies vor allem die höchsten Einkommen betrifft.

Wenn auch diese in den üblichen Statistiken nicht ausgewiesenen Einkommen berücksichtigt werden, fällt die Einkommensungleichheit deutlich grösser aus. Eine Studie von Baselgia et al. (2026) setzt an diesem Punkt an, indem sie zusätzliche Datenquellen miteinbezieht und die bisherige Ungleichheitsstatistik relativiert: Die Einkommensverteilung in der Schweiz ist in dieser gesamtheitlichen Betrachtung deutlich ungleicher als bisher ausgewiesen.

Autoren

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist. Er arbeitete bei der Gewerkschaft Unia und ist Gründungsmitglied von Denknetz.

Robert Fluder ist Sozialwissenschaftler und emeritierter Professor der Berner Fachhochschule. Er forscht und publiziert insbesondere zu Fragen der sozialen Sicherheit und der Ungleichheit.

Nicolas Huber studierte Ökonomie und Politologie. Er arbeitet als Sekretär der SP Schaffhausen.

Literatur

Baselgia, Enea/Gurtner, Remo/Koller, Julian/Martínez, Isabel Z. (2026): Income, Wealth, and Redistribution in a Tax Haven: Distributional National Accounts for Switzerland, CESifo Working Paper No. 12977, München.

Baumann, Hans/Fluder, Robert (2025a): *Das Schweizer Steuersystem als Treiber der Ungleichheit*, Denknetz, Zürich.

Baumann, Hans/Fluder, Robert (2025b): Konservierung von Ungleichheit und Klassenstruktur: Entwicklungen seit 1950, in: Spéth, Arman/Iten, Dominic/Brügger, Lukas (Hrsg.): *Schweizer Kapitalismus. Erfolgsmodell in der Krise*, Wien, S. 148–166.

Denknetz (2026): Gleichheitsmonitor 2026, Zürich.

Höhere Einkommen, tiefere Steuern

Wenn Einkommen stärker konzentriert sind als bisher angenommen und die Vermögensungleichheit stetig zunimmt, geht es auch um die Frage, ob die kleine Gruppe der Reichsten ihren angemessenen Beitrag leistet. Diese Gruppe erlangt zudem mit ihrer wirtschaftlichen Macht immer mehr politischen Einfluss und stellt demokratische Abläufe infrage. Besonders offensichtlich ist diese Tendenz in den USA, wo Tech-Milliardäre ihre politische Macht bereits massiv ausgeweitet haben.

Eine wirksame Massnahme, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sind angemessene Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen. Anstelle solcher Massnahmen wurden aber die Erbschafts-, Vermögens- und Unternehmenssteuern in den letzten Jahrzehnten noch weiter gesenkt.

Die ersten Ergebnisse der Studie von Baselgia und Kolleg:innen zeigen, dass beim höchsten Einkommensprozent die Steuerlast im Verhältnis zum Einkommen abnimmt. Die Einkommensstärksten leisten somit einen immer geringeren Beitrag zur Finanzierung der Gesellschaft.

Die politische Frage, weshalb diese Gruppe steuerlich geschont wird, erhält zu Recht auch international immer mehr Aufmerksamkeit. Der Ökonom Gabriel Zucman schlägt deshalb eine Vermögenssteuer von zwei Prozent auf sehr grosse Vermögen vor. Auch in der Schweiz geniesst eine eidgenössische Vermögenssteuer breite Unterstützung. Selbst der Milliardär Alfred Gantner forderte eine zusätzliche Besteuerung grosser Vermögen.

«Tax the Rich»

Bereits eine moderat ausgestaltete Bundesvermögenssteuer auf Vermögen über 50 Millionen Franken mit progressiven Sätzen würde dem Bund jährlich 15 bis 20 Milliarden Franken einbringen. Mit einer solchen Steuer würde der kleine Kreis der reichsten Personen einen angemessenen Beitrag an die gesamtgesellschaftlichen Ausgaben leisten.

Ein erheblicher Teil grosser Vermögen beruht auf den guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der öffentlichen Infrastruktur der Schweiz. Während Lohneinkommen hoch besteuert werden, bleiben private Kapitalgewinne weitgehend steuerfrei. Die Ungleichbehandlung bevorzugt grosse Vermögen und benachteiligt Personen, deren Einkommen überwiegend aus Arbeit stammt. Diese Benachteiligung der grossen Mehrheit der Schweizer Bevölkerung ist ungerecht.

Die Schweiz ist nicht weniger ungleich als andere Länder, ganz im Gegenteil. Solange die Einkommen am oberen Ende systematisch unterschätzt werden, unterschätzen wir auch die Ungleichheit in unserer Gesellschaft und deren Konsequenzen. Und wie viel die Reichsten zur Finanzierung unserer Gesellschaft eigentlich beitragen könnten – oder müssten.

Indexierte Entwicklung der Einkommen und Vermögen in der Schweiz seit 2000

Quellen: SNB, Finanzierungsrechnung der Schweiz; BFS, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.
Hinweis: Indexierte Entwicklung 2000=1.

Beat Ringger

Klimakrise und Hunger

Ernährung sichern statt Profite schützen

Hitzewellen, Starkregenfälle, ansteigende Meeresspiegel: Der Klimawandel bringt die Landwirtschaft und damit die globale und regionale Nahrungsmittelversorgung unter enormen Druck. Der Sommer 2026 ist dafür ein Menetekel: Selbst in der Schweiz – im «Wasserschloss Europas» – ist es wegen Hitze und Trockenheit zu beträchtlichen Ertragseinbussen und zu verbreiteten Notschlachtungen gekommen. Es besteht grosser Handlungsbedarf.

Autor

Beat Ringger ist Publizist und Autor. Er war langjähriger geschäftsleitender Sekretär von Denknetz und Zentralsekretär des VPOD.

Die globale Versorgungslage mit Nahrungsmitteln verschärft sich auch wegen der Folgen einer industrialisierten, auf kurzfristige Erträge optimierten Agrarwirtschaft. Diese Langfristfolgen treten heute zunehmend zutage: überdüngte Böden und Gewässer, Bodenerosion, verletzliche Monokulturen, schwindende Biodiversität. Des Weiteren tragen Kriege und Handelsblockaden das Ihre zu den Versorgungskrisen bei.

Werden Nahrungsmittel knapp, dann erhöhen profitorientierte Produktions- und Handelskonzerne die Preise so stark wie möglich (wenn man sie denn lässt). Wer sich solchermassen verteuerte Lebensmittel nicht mehr leisten kann, ist von Mangelernährung und Hunger bedroht. Kommt es nun zu länger andauernden, weiträumigen Versorgungskrisen, dann wachsen auf diese Weise die sozialen Ungerechtigkeiten ins Unermessliche. Weitaus mehr Menschen als heute schon werden von Mangelernährung, Hunger und Tod bedroht.

Was kann und muss getan werden, um dieser Entwicklung entgegenzutreten? Diese Frage stellt sich in unserem Land mit besonderem Nachdruck, und zwar nicht nur mit Blick auf die regionale Produktion und Versorgung, sondern vor allem auch in Bezug auf den weltweiten Agrarhandel, bei dem der hiesige Standort eine herausragende Rolle spielt. Denn die vier weltweit grössten Agrarrohstoff-Handelskonzerne steuern ihre Geschäfte zu guten Teilen aus der Schweiz. Zudem haben mit Nestlé der weltweit grösste Konzern der verarbeitenden Nahrungsmittelindustrie und mit Syngenta einer der weltweit grössten Pestizid- und Saatgutkonzerne hier ihren Firmensitz.

Verteilung und Welthandel am Bedarf orientieren

Die Lage mag auf den ersten Blick aussichtslos erscheinen. Wie soll denn die Macht der globalen Konzerne begrenzt werden? Ein Blick auf die jüngere Geschichte zeigt allerdings, dass in Notsituationen wirksam gehandelt worden ist. Im Jahr 1944 wurde die United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) gegründet. 44 alliierte Staaten schlossen sich zusammen, um die durch den Zweiten Weltkrieg notleidende Bevölkerung in Europa und China mit lebenswichtigen Gütern wie Nahrung, Treibstoff und Kleidung zu versorgen und die Landwirtschaft wieder aufzubauen. Die UNRRA konnte in nur vier Jahren Programme im Wert von insgesamt 3,7 Milliarden US-Dollar auf die Beine stellen; inflationsbereinigt wären das heute rund 56 Milliarden US-Dollar. Gehandelt wurde aber auch danach: 1949 etablierten die Vereinten Nationen das International

Weiterdenken im Projekt Heisszeit

Im Rahmen des Projekt Heisszeit von Denknetz wird die Welternährungskrise gegenwärtig vertieft diskutiert. Gefragt wird dabei unter anderem auch danach, wie die nötigen Veränderungen in Gang kommen – zum Beispiel durch transnationale Allianzen, die mit der nötigen programmatischen Klarheit vorangehen.

Bei Interesse melden auf heisszeit@denknetz.ch!

Literatur

Bub, Laurenz/Cerri, Alberto/Gallusser, Martin/Leins, Stefan/Ringger, Beat (2024): Kreislaufwirtschaft: Greenwashing oder transformatives Konzept?, in: *Denknetz-Jahrbuch 2024*, S. 135–143.

Haldimann, Adrian (2022): Biodiversitätsförderflächen: Per 2024 fallen rund 3400 Hektaren Ackerland ganz aus der Produktion. «Ökologisch und ethisch vertretbar?», in: *Schweizer Bauer*, 14.5.2022, S. 5.

Wheat Agreement zur Stabilisierung des globalen Weizenmarktes. Export- und Importländer einigten sich auf feste Quoten und Preisspannen, um die Versorgung der Weltbevölkerung mit Weizen sicherzustellen und gleichzeitig den Erzeugern stabile Preise zu garantieren.

Was damals möglich war, muss es heute wieder werden. Wir brauchen globale Verträge für die möglichst stabile Versorgung der Weltbevölkerung mit Grundnahrungsmitteln. Zudem braucht es Alternativen zum profitgesteuerten Agrarhandel, zum Beispiel in Form eines öffentlich getragenen Netzwerkes von gemeinnützigen Produktions- und Handelsfirmen, die genügend stark werden müssen, um sich der Macht der profitorientierten Handelskonzerne entgegenzustellen.

Produktion von Fleisch reduzieren

Zu den Verteilungsfragen kommen strukturelle Fragen: Was wird produziert, wie wird produziert, und welche Rolle spielen kommerzielle Interessen?

Hier steht erst mal der hohe Anteil der Nutztiere im Vordergrund. In der Schweiz werden auf rund 60 Prozent der Ackerflächen Futtermittel für Nutztiere angebaut. Das sind 150.000 Hektaren. Würde die hiesige Futtermittelproduktion zu zwei Dritteln durch Getreideanbau ersetzt, so könnten damit rund zehn Millionen Menschen *zusätzlich* ausreichend mit Brot versorgt werden (vgl. Haldimann 2022). Die Weideflächen sind dabei nicht eingerechnet.

Die Zahlen machen schlagend deutlich: Eine Verlagerung des Anbaus von Futtermitteln für Tiere zu pflanzlicher Nahrung für Menschen kann die Versorgungssituation der Weltbevölkerung mit Grundnahrungsmitteln enorm verbessern. Eine solche Verlagerung entspricht auch den allgemein anerkannten Ernährungsempfehlungen. Für eine ausgewogene Ernährung reicht ein Drittel der heute im globalen Norden und in einigen Schwellenländern konsumierten Fleischmenge – eine Menge, die zudem mit deutlichen gesundheitlichen Risiken einhergeht.

Öffentlich gestützte NGOs für ökosoziale Transformation

Um die kommenden Herausforderungen zu bewältigen, muss sich die Landwirtschaft überdies grundlegend neu orientieren. Monokulturen müssen durch Biolandwirtschaft ersetzt, der Kunstdüngereinsatz massiv reduziert und das Wassermanagement erheblich optimiert werden. Das ist ausreichend bekannt und erprobt, muss nun aber auf breiter Front in Gang gesetzt werden. Hier kommen *Transformationsagenturen* ins Spiel: gemeinnützige Institutionen, denen die Aufgabe der Koordination und der Steuerung eines solchen Umbaus zukommt. Schon heute gibt es viele Institutionen wie etwa Label-Organisationen oder Vernetzungsstrukturen der alternativen Landwirtschaft, die den Kern solcher Agenturen bilden können. Ihnen muss von der öffentlichen Hand der entsprechende Auftrag erteilt und die entsprechende Macht verliehen werden, die erforderlichen Transformationsprozesse (vgl. Bub u. a. 2024) verbindlich anzuleiten und zu begleiten.

Julia Backe, Silvester Backe-Popescu, Markus Diener, Jürg Fröhlich, Martin Gallusser, Julie Harboe, Nicolas Huber, Beat Ringger und Simon Rupf

Unser Wissen, unsere Intelligenz

Die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz hat in den letzten vier Jahren enorm an Fahrt aufgenommen. Ein Schlüsselmoment war die freie Verfügbarmachung von ChatGPT (November 2022). Seither häufen sich nun aber auch die Warnungen vor KI-Fehlleistungen und die Zweifel an der ökonomischen Tragfähigkeit des KI-Booms. Ein grundlegender Aspekt ist die Kontrolle über das digital erfasste kollektive Wissen. Die Kämpfe um diese Wissensallmende und darum, was künftig als wahr gilt, sind für unsere Zukunft von entscheidender Bedeutung. Entsprechende Auseinandersetzungen sind bereits in der Verbindung von Social Media mit dem Aufschwung des radikalen Rechtspopulismus befeuert worden. Durch den KI-Boom werden sie in neue Dimensionen gehievt.

Autor:innen

Julia Backe, Silvester Backe-Popescu, Markus Diener, Jürg Fröhlich, Martin Gallusser, Julie Harboe, Nicolas Huber, Beat Ringger und Simon Rupf sind Mitglieder der Gruppe KI von Denknetz.

Damit stellt sich unter anderem auch die Frage, wie angesichts des KI-Booms die Intelligenz der menschlichen Kollektive gesichert und wie dabei kritisch-emanzipatorische Inhalte bewahrt und weiterentwickelt werden können. Im Rahmen des Denknetz sind zu dieser Thematik acht Arbeitsthesen entstanden, die diesbezüglich das Feld abstecken und als Richtschnur für die kommenden Aktivitäten dienen sollen.

1. Die gängigen Diskurse um Künstliche Intelligenz (KI) halten uns den Spiegel vor. Dabei fällt auf, wie passiv und ohnmächtig die Menschen dargestellt werden. KI wird als Tsunami präsentiert, der alles überrollt. Individuen und Gesellschaften müssen um Arbeitsplätze zittern und um das bisschen Rest, das der menschlichen Intelligenz noch verbleibt. Schon demnächst soll eine Super-KI auf den Plan treten, die scheinbar jeden Tag autonom intelligenter wird und bald die Weltherrschaft übernimmt oder deren Eigentümer dabei unterstützen soll.

2. Ein genauerer Blick zeigt jedoch: KI ist kein Super-Algorithmus, der die ganze Welt erfasst, ihre inneren Zusammenhänge versteht und in Top-Geschwindigkeit für alle Probleme Lösungen findet. KI ist vielmehr schlicht Software, die in Bildern, Tonfolgen oder Texten Muster erkennt. Sie wird darauf trainiert, einen Input einem gewünschten Output zuzuordnen. KI interpretiert vorhandenes, von Menschen erarbeitetes Wissen. Dieses umfasst Kulturtechniken wie Sprachen oder Rechnen, Arbeitstechniken, Kenntnisse über Produktionsverfahren, enzyklopädisches Wissen, wissenschaftliche Erkenntnisse und Kulturgüter aller Art. Erst mit der Digitalisierung von grossen Wissensbeständen und ihrer Verfügbarmachung im Internet ist die Grundlage entstanden für die neuen generativen KI-Modelle, mit denen wir uns vorrangig auseinandersetzen. Diese nutzen also eine begrenzte Form des Wissens, und oft wird dieser Fundus zudem ohne die Zustimmung der Autorinnen und Autoren verwertet.

Literatur

Denknetz (2019). Wahr sagen. Kritische Öffentlichkeit, Demokratie und Macht. https://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2019/10/Thesen_Wahr_sagen.pdf

3. Intelligenz und Wissen sind nicht das isolierte Produkt genialer Individuen, sondern das Ergebnis menschlicher Interaktion und Kooperation. Sie sind nicht in erster Linie eine persönliche Eigenschaft von Individuen (oder Maschinen), sondern eine historisch gewachsene, kollektive Errungenschaft. In ihrer Ganzheit lassen sie sich vergleichen mit einem Meer, auf dessen Oberfläche einzelne Individuen oder Gruppen Wellen erzeugen, Nutzen suchen und dabei manchmal auch das Meer erweitern.

4. Wissen war immer schon umkämpft und ist in ständiger Veränderung begriffen. Wissenskanon und Wissenschaften entwickeln sich. Herrschende Kreise und Klassen versuchen, ihre Sicht der Welt als allgemeingültig durchzusetzen. Beherrschte ringen um Alternativen. Zum Beispiel entsteht eine von vielen Verzerrungen in der KI-Inhaltsgenerierung durch die stark männliche Prägung des bislang zusammengetragenen Wissens.

5. Auch in der digitalen Sphäre werden somit Kämpfe um Anerkennung ausgefochten. KI-basierte Werkzeuge tragen erheblich zur Ausweitung und Verstärkung dieser Kämpfe bei. Im Ergebnis kann es zu subtilen Manipulationen und Wahrnehmungsverzerrungen, zu Überwachung, Repression und Zensur kommen. Zudem wird das Internet mit KI-generierten Inhalten überschwemmt, was zu weiteren rekursiven Verzerrungen führen kann.

6. In den letzten Jahren hat zudem ein Zerfall der Bemühungen eingesetzt, *wahr zu sagen*. Der ehemalige Trump-Berater Steve Bannon brachte das in einem berüchtigten Zitat auf den Punkt. «Flood the zone with shit»: Überschwemme die Medien, die Online-Welten und die Öffentlichkeit mit Desinformationen, Ablenkungen und Lügen. Dieser Trend zum «shit» verbindet sich auf heimtückische Weise mit dem KI-Boom.

7. Wir plädieren demgegenüber für den Erhalt und die Stärkung der Kultur des *Wahr Sagens* (Denknetz 2019). *Wahr zu sagen* ist die ständige Bemühung, alle relevanten Fakten auf den Tisch zu bekommen und diese Fakten kritisch zu befragen. Eine widerstandsfähige Kultur des *Wahr Sagens* ist der Lackmustest für eine Gesellschaft, die auf die demokratische Regelung der öffentlichen Angelegenheiten abzielt. Nur auf ihrer Basis kann Demokratie gelingen.

8. Wikipedia und Open Sciences sind Beispiele für das Bemühen, Wissen zu erhalten und zugänglich zu machen (auch wenn Wikipedia nicht gegen alle Manipulationsversuche gefeit ist). Nun sind entsprechende KI-Modelle gefragt. Sie sollen gemeinnützig und open-source-basiert, ihre Datenbasis transparent und ihre Quellen überprüfbar sein, sie sollen auf dem aktuellen Stand der Forschung aufbauen und allfällige Differenzen zum Ausdruck bringen. Damit bringen sie die Voraussetzungen mit, um demokratische, soziale und ökologische Sichtweisen zu stützen.

Lust mitzudenken oder mitzumachen?

Künstliche Intelligenz verändert, wie wir arbeiten, lernen und Wissen teilen. Aber wie lässt sich KI so einsetzen, dass Menschenwürde, demokratische Teilhabe und ökologische Verantwortung nicht unter die Räder kommen?

Dafür probiert die Gruppe KI von Denknetz gemeinnützige und open-source-basierte KI-Werkzeuge aus – und entwickelt eigene Ideen.

Als erstes Pilotprojekt ist ein KI-Tool geplant, das den Wissensschatz von Denknetz zugänglich macht: Es soll die Denknetz-Bibliothek durchforsten können – mit fast allen Dokumenten, die seit der Gründung von Denknetz 2004 entstanden sind.

Lust, mitzudenken oder mitzumachen?
Kontakt: ki@denknetz.ch

Nicole Gisler, Roman Künzler und Rebekka Wyler

Hoffnung muss organisiert werden

Gewerkschaften sind stark, weil sich in ihnen die 99 Prozent organisieren (können): Menschen, die von ihrem Lohn leben, nicht vom Kapitaleinkommen. Gute Gewerkschaftsarbeit verbindet die täglichen Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz mit den grossen Fragen unserer Zeit.

Die Gewerkschaft ist kein exklusiver Klub. Aktiv werden können alle, die arbeiten, gearbeitet haben, arbeitslos sind oder noch um Arbeitsbewilligung und Aufenthaltsstatus kämpfen. Im Unterschied zu einer Partei oder einer anderen selbst gewählten Gruppe treffen sich in der Gewerkschaft nicht a priori geteilte Ideen und Werte, sondern gemeinsame Klasseninteressen. Politisch ticken längst nicht alle Gewerkschaftsmitglieder gleich – darum sind interne Demokratie, Mitbestimmung und das Ringen um Positionen auf Grundlage konkreter Kämpfe so wichtig.

Dabei geht es immer wieder um die zentralen Konflikte unserer Zeit: um die Machtverhältnisse zwischen Lohnabhängigen und Kapitalbesitzenden, um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, um den Schutz der Umwelt vor fortschreitender Zerstörung, um autoritäre und ausländer:innenfeindliche Entwicklungen. Gute Gewerkschaftsarbeit muss es schaffen, die täglichen Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz mit diesen grossen Fragen zu verknüpfen:

- *Die Kürzungspolitik von Bund und Kantonen:* Die rechtsbürgerlichen Parteien wollen beim Service public sparen und öffentliche Angebote privatisieren. Was häufig als Sachzwang verkauft wird, ist das Ergebnis politischer Entscheidungen: Es sind dieselben Parteien, die mit ihrer Steuerpolitik Reiche und Konzerne begünstigen und Umverteilung hintertreiben. Starke (Streik-)Bewegungen wie letztes Jahr in den Kantonen Waadt und Freiburg entlarven diese Politik, Alternativen werden sichtbar.

- *Die Aufwertung und gerechte Verteilung bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit:* Der VPOD will in der ganzen Schweiz den feministischen Streik/Care-Streik vom 14. Juni 2027 nutzen, um die betriebliche Organisation voranzutreiben und so bessere Arbeitsbedingungen und mehr Respekt in feminisierten Berufen zu erreichen. Die Unterstützung von Spitalstreiks in der Romandie, aktuelle Bewegungen von Hebammen in der ganzen Schweiz oder die überbetriebliche Organisierung von Kita-Mitarbeitenden in der Stadt Zürich mit dem Ziel eines starken Gesamtarbeitsvertrags zielen in dieselbe Richtung.

- *Die rasant fortschreitende Klimaerhitzung:* In der Gewerkschaft setzen sich Beschäftigte an ihren Arbeitsplätzen draussen und drinnen, beispielsweise im öffentlichen Verkehr, im Bausektor oder im Spital, für effektiven Schutz vor Hitze und anderen Umweltbelastungen ein. Mancherorts erstreiten die Gewerkschaften Lösungen mit Vorbildcharakter, wie diesen Sommer im Kanton Genf.

Autor:innen

Nicole Gisler arbeitet als Zentralsekretärin Gewerkschaftlicher Aufbau für den VPOD.

Roman Künzler ist als Zentralsekretär des VPOD zuständig für den Gesundheitsbereich.

Rebekka Wyler ist Generalsekretärin des VPOD.

Bei all diesen Fragen können Gewerkschaften nicht isoliert handeln. Vielmehr sind sie Teil eines emanzipatorischen Aufbruchs. Dies bedingt, dass soziale Bewegungen in den Gewerkschaften und die Gewerkschaften in sozialen Bewegungen verankert sind.

Zukunftsträchtiger Service public

Selbstbewusste Mitarbeitende im öffentlichen Dienst haben eine Schlüsselfunktion in zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Ein starker Service public stellt rechtsextremen Tendenzen Solidarität und soziale Sicherheit entgegen. Die Kolleg:innen aus Schulen, Kitas, Spitälern und Heimen, aus Bus und Tram, aus Verwaltung und Hausdienst tragen in ihrer täglichen Arbeit zur Gesellschaft bei, die wir anstreben. Und sie wissen, wie viel es zu tun gibt. Sie sind in einer besonderen Position und können die Verbindung zur gesamten Bevölkerung herstellen, denen ihre Arbeit täglich zugutekommt.

Der Slogan des 14. Juni bringt auf den Punkt, worum es in der gewerkschaftlichen Arbeit geht: *«Lohn, Zeit, Respekt».* Löhne müssen mindestens mit der Teuerung und dem Produktivitätszuwachs Schritt halten. Das Ringen um genügend Personal – und damit auch um Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit – bewegt viele Kolleg:innen im öffentlichen Dienst. Respekt gegenüber den Arbeitenden und Mitbestimmung sind weitere zentrale Anliegen. In allen diesen Fragen müssen die Gewerkschaften kompetent und konsequent sein. Sie müssen wissen, wie sie Betriebe organisieren, Auseinandersetzungen führen und Verhandlungen gewinnen. Der gewerkschaftliche Aufbau am Arbeitsplatz, der einem klaren Plan folgt, ist zentral.

Die Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen sind von der Qualität der erbrachten Leistungen nicht zu trennen. Wer die Voraussetzungen für die Arbeit von Betreuungspersonen im Alters- und Pflegeheim, für Feuerwehrleute, für Lehrpersonen, für Aufsichtspersonen im Strafvollzug oder für die Kolleg:innen im Energiesektor verschlechtert, greift damit auch die Erbringung von Leistungen für die Bevölkerung an. Das schafft Frustration und soziale Unsicherheit und damit einen Nährboden für hyperliberale und hypernationale Antworten auf gesellschaftliche Probleme.

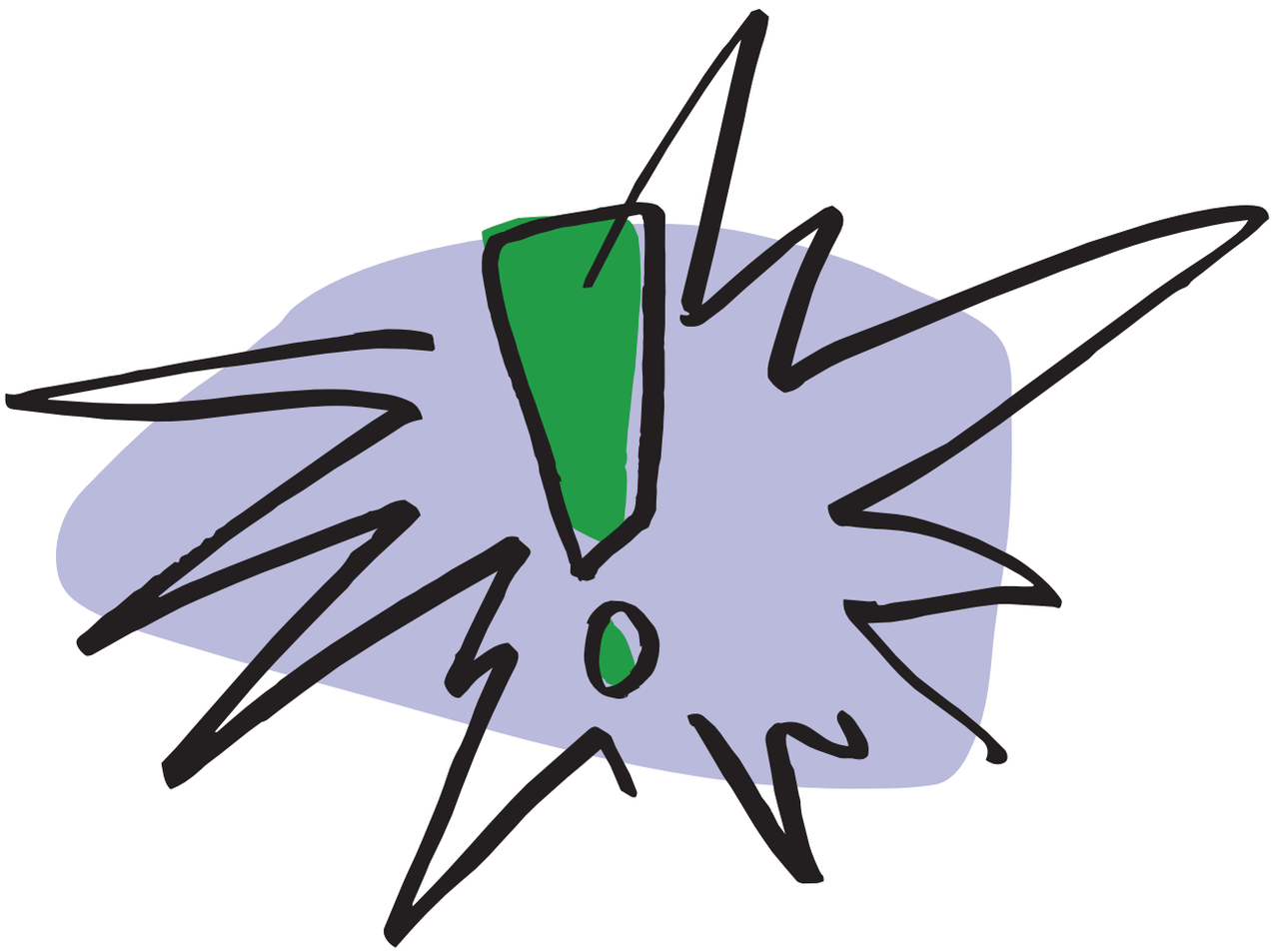
Wut – Hoffnung – Bewegung

Aktive Gewerkschaftsmitglieder machen aus ihrer Wut Hoffnung und aus ihrer Hoffnung Bewegung. Im besten Fall inspirieren sie viele andere. Sie tragen die Gewerkschaft – und nicht der «Apparat» der gewerkschaftlichen Angestellten, so wichtig diese auch sein mögen. Was den VPOD angeht, sind alle strategischen Gremien – vom Kongress bis zum Landesvorstand und auch auf regionaler Ebene – reine Mitgliedergremien. Die Mitgliedschaft bestimmt den Kurs des Verbandes, auch wenn dies nicht immer ohne Reibung abläuft. Unsere Aufgabe als Mitarbeiter:innen der Gewerkschaft ist es, die Basis bestmöglich zu unterstützen, uns mit ihr auseinanderzusetzen und gemeinsam durchsetzungsfähig zu werden.

Demokratisierung nach innen braucht Zeit, Ressourcen und Mut zur Konfrontation. Die Zeit der reinen Stellvertreterpolitik ist vorbei. Diese Feststellung ist grundsätzlicher Art, trägt aber auch in ehrlicher Weise den vorhandenen Ressourcen Rechnung. In Anbetracht der massiven Krisen unserer Zeit müssen wir uns fokussieren, Handlungsmöglichkeiten entwickeln und Macht aufbauen, um zu verhandeln, zu protestieren, zu inspirieren – und zu gewinnen. Wir sind überzeugt, dass es die Erfahrung der gemeinsamen Organisation braucht, damit Menschen die Welt wieder als gestaltbar wahrnehmen und Vertrauen gewinnen in eine solidarische Zukunft.

Alex Demirović

Multiple Krise – katastrophische Dynamik



Wenn es eine Vielzahl von Hitzetoten gibt, Flüsse versiegen, die Wälder brennen, die Felder austrocknen und die Gletscher wegschmelzen, ist das längst nicht mehr überraschend. Aber das Ausmass ist dennoch erschreckend. Ebenso der Mangel an Reaktionen. Wir müssen die Krise(n) richtig verstehen, um sie bewältigen zu können.

Krisen müssen von den Subjekten der Gesellschaft als solche erfahren oder bewertet werden. Andernfalls handelt es sich um Schadensereignisse, um Störungen oder Katastrophen. Um zu erfahren, dass sich um Krisen und gar neuartige Krisen handelt, werden entsprechende Begriffe, Wissen und Theorien benötigt. Die Gesellschaften sind hinsichtlich der ökologischen Krise gespalten. Mal wird der «Green Deal», der Ausstieg aus der fossilen Energie propagiert, dann wieder zurückgenommen.

Viele Menschen sehen, dass Veränderungen notwendig sind: Investitionen in Solaranlagen oder Wärmepumpen, öffentlichen Verkehr oder

Autor

Alex Demirović ist ausserplanmässiger Professor an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und arbeitet zu Fragen der Staats- und Demokratietheorie.

Literatur

Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.) (2011): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus,* Hamburg.

Juncker, Jean-Claude (2016): «Was nun, Herr Juncker?», ZDF, 14.12.2016.

Rakowski, Judith J./Schaan, Linn N./van Klink, Roel/Herzon, Iryna/Arth, Adina/Hagedorn, Gregor/Rode, Julian/Creutzig, Felix/Pe'er, Guy (2025): Characterizing the Global Polycrisis: A Systematic Review of Recent Literature, in: *Annual Review of Environment and Resources* 50, S. 159–183.

Tooze, Adam (2022): *Chartbook #165: Polycrisis – Thinking on the Tightrope,* 29.10.2022, https://adamtooze.substack.com/p/chartbook-165-polycrisis-thinking (21. September 2026).

energetische Gebäudesanierung. Viele haben sicherlich Sorgen um die ökonomische Zukunft; die Umfragen zeigen, dass führende Politiker wie Donald Trump oder Friedrich Merz geringes Vertrauen in den Bevölkerungen geniessen. Es werden Probleme festgestellt und medial schwierige Situationen repräsentiert. Aber es herrscht Normalität.

Die enormen Wirtschaftsschäden, die durch den Riss im Stoffwechsel von Gesellschaft und Natur entstehen, zählen nicht. Es soll Wachstum geben, wo Negativwachstum nötig wäre: es werden mehr Autos gekauft, Rechenzentren gebaut, AKWs und Gaskraftwerke geplant, Urlaubsreisen auf Kreuzfahrtschiffen gebucht. Es gelingt nicht, einen umfassenden gemeinsamen Willen zu entwickeln, der entschieden einen neuen Weg einschlägt: langsam(er), genügsam, nachhaltig.

Keine Rückkehr zur Normalität

Ein gängiges Definitionsmerkmal von Krise ist, dass sie eine zwischenzeitliche Störung darstellt. Es wird angenommen, dass eine Rückkehr zur Normalität möglich ist. Die Krise kann tiefer gehen oder eine Konjunkturkrise bleiben. Strittig ist die Frage des Verlaufs und der Dauer der Krise: Befinden wir uns immer noch in einer Krise der Finanzmärkte und der Staatsschulden? Krise bemisst sich an einem Normalzustand und dessen Zeitlichkeit.

Aber denkbar ist eben auch, dass Krisen sich über mehrere Jahre oder Jahrzehnte hinziehen und eine Gesellschaft einen langfristigen Krisenzusammenhang bildet, also eine Erholung von der Krise, eine neue Normalität der kapitalistischen Reproduktion nicht zu erwarten ist. Damit haben wir heute zu tun. Die Krise hört nicht auf, sondern setzt sich auf höherem Niveau fort. Sie hat unterschiedliche Rhythmen und erzeugt eigene Konjunkturen. Die einen leiden darunter, andere verdienen zum Guten wie zum Schlechten daran: Bauindustrie, Wind- und Solaranlagen, Versicherungen, Agrar- und Forstwirtschaft. In vielen Hinsichten bremst die Wirtschaft die ökologische Erneuerung nicht nur nicht, sondern sie hat die Natur längst als strategische Infrastruktur für erneuerbare Ressourcen erkannt. Doch das ist ambivalent, denn die Wirtschaft soll wachsen, Gewinn erzeugen. Das verlangt ein Mehr an Ressourcen, an Energie.

Anstatt vorzubeugen, versuchen die Gesellschaften, sich mit viel Geld an die Schäden anzupassen – wenn sie es überhaupt versuchen und wenn es überhaupt geht. Die Reichen bereiten sich vor, abhauen zu können: in Bunker, auf weit entfernt liegende Inseln oder gleich auf den Mars. Was wollen sie dort? In die Kryptowährung beissen? Ihr Geld essen? Sie sind erfolgreich nach Massstäben, für die sie seit Jahrzehnten eintreten. Aber die Wirtschaftskreisläufe, die ihre asozialen Praktiken mit «Reichtum» belohnen, zerstören sich und unser aller Lebensgrundlagen.

Keine Krise im Singular

Die Krise gibt es nicht im Singular. Es handelt sich um eine Vielzahl von Krisen. Das ist nicht erst neuerdings so. Es gab nicht früher nur die ökonomische Krise und später eine Erweiterung. Nach dem Ausbruch der Finanzkrise 2008 wurde krisendiagnostisch der Umfang des Krisenverständnisses weit ausgedehnt: Eurokrise, ökologische Krise, Krise der Arbeitskraft, der Demokratie und Parteien, des Geschlechterverhältnisses und der Männlichkeit, Krise der Städte und der ruralen Räume, Flüchtlingskrise, eine Krise der internationalen Ordnung, der Bildung, des Gesundheitssystems. Alle diese Krisen sind Obertitel für eine Vielzahl weiterer Krisen oder Krisenaspekte.

Es lassen sich nicht alle Krisen erschöpfend aufzählen. Theoretisch genauer muss man deswegen von Krisen im Plural, um sich spezifisch verändernde Krisenkonstellationen sprechen. Die Krisen bewegen sich von Konstellation zu Konstellation voran. Jean-Claude Juncker sprach als Präsident der EU-Kommission 2016 von einer Polykrise: «Diesmal haben wir es mit einer Polykrise zu tun. Es brennt an allen Ecken und Enden – nicht nur an europäischen Ecken und Enden» (Juncker 2016). Juncker tat dies aus der Position eines herrschenden politischen Entscheidungsträgers, der sich gleichzeitig mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert sah: der Eurokrise, der Flüchtlingskrise, dem Brexit. Es ist eine Situation, die mit ihrer Komplexität die Politik überfordert. Adam Tooze (2022) hat diesen technokratischen Ausdruck aufgegriffen und mit Blick auf neuere politisch-ökonomische Vorgänge aktualisiert. Eine jüngere Metastudie analysiert die Verbreitung und Verwendung des Begriffs und fasst Polykrise wie folgt zusammen: «mehrere gleichzeitig auftretende, kausal verflochtene Krisen mit synergetischen Effekten auf verschiedene Systeme, die die Summe ihrer Teile übersteigen und die Zukunftschancen der Menschheit beeinträchtigen» (Rakowski et al. 2025, eigene Übersetzung).

Krise(n) des Systems

Demgegenüber sprechen wir von multipler Krise (Demirović et al. 2011). Es handelt sich demnach um eine Vielzahl von Krisen mit je eigensinnigen Ursachen, Verläufen, Intensitäten und Auswirkungen. Doch stehen sie in einem inneren Zusammenhang. Sie ergeben sich aus der komplexen Gliederung des Ganzen der kapitalistischen Produktionsweise: mit ihren Naturverhältnissen, ökonomischen Akkumulationsmustern, politischen Herrschaftspraktiken oder Bemühungen, die Menschen dumm und gehorsam zu halten. Aber was ist aus dieser Sicht eine Krise? Sie ist ein endemisch angelegter Prozess in den Reproduktionsverläufen von Gesellschaften. Die Krisenelemente sind in der Reproduktion des

gesellschaftlichen Gesamtkreislaufs generisch vorhanden und Ergebnis von sozialen Konflikten. Die Versuche, die Krise mit allerlei Massnahmen zu managen, stossen auf Widerstand von interessierten Kräften, bewirken eine Verlagerung der Krisendynamiken auf andere Bereiche, führen zu einer Krise des Krisenmanagements, und es kommt zu Verschärfungen der Krise und neuen Krisenformen.

Die multiple Krise ist demnach kein einmaliger Krankheitsausbruch wie im Fall einer Infektion, sie ist auch keine Störung gut geschmierter systemischer Abläufe, sondern in der Krise bringt sich mit einer gewissen Regelmässigkeit der innere Zusammenhang der Reproduktionsdynamik selbst zur Geltung. Sie weist darauf hin, dass es in den auf den ersten Blick funktionierenden Abläufen schon jene Reibungen und Widersprüche gibt, die zu Störungen, Unterbrechungen, Zusammenbrüchen führen. Methodisch kehrt sich die Perspektive um: Nicht die Krise ist die Ausnahme von der Normalität, sondern die normalen Abläufe müssen als eine Ausnahme, als ein kontingentes Gelingen der Reproduktion durch Widersprüche hindurch verstanden werden.

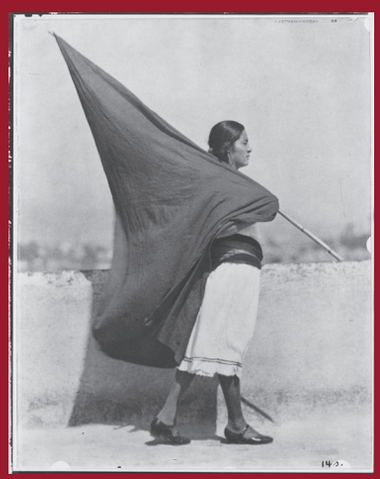
Die Armut unserer Erfahrung

Heute haben wir es mit Krisen zu tun, für deren Bewältigung die fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften nicht auf historische Erfahrungen zurückgreifen können. Der Klimakollaps verlangt eine Kreislaufwirtschaft, in der kein Mangel für viele und kein Luxus für wenige herrscht. Wir sehen uns mit einer multiplen Krisendynamik konfrontiert, die über viele Jahrzehnte und Jahrhunderte fortdauern wird. Es handelt sich um katastrophische Prozesse. Katastrophe meint hier nicht ein schnelles, eruptives Ereignis. Die Katastrophen von heute sind keine natürlichen, sondern Serien sozialer Ereignisse – viele von ihnen im Medium der Natur.

Wir befinden uns am Ende einer erdgeschichtlichen und am Beginn einer neuen, lang anhaltenden Periode sozial-ökologischer Krisen. Die Störung des Metabolismus allein wäre kein Hinweis auf eine Krise. Die Natur als Ganzes könnte den menschlichen Naturverbrauch, die Emissionen, die Störungen natürlicher Kreisläufe in langen Zeiträumen von Millionen Jahren ausgleichen und tut dies. Aber die Menschen (und viele andere Arten) haben diese Zeit nicht.

Die katastrophische Krise unserer Zeit kann als ein asymmetrisches Gleichgewicht begriffen werden. Wir haben es mit einer Situation zu tun, in der zahlreiche Kräfte die notwendigen Veränderungen blockieren. Diejenigen, die die Vorteile jener Ära der grossen Beschleunigung seit den 1950er Jahren geniessen, wollen davon nicht lassen, obwohl es dafür keine Zukunft gibt, und wählen deswegen Strategien der Leugnung, der Wissenschaftsfeindschaft, der autoritären Regierungspraktiken – oder der stummen Gefolgschaft.

Eine Lösung kann eigentlich nur im Umbau und in der Überwindung des krisenhaften Gesamtzusammenhangs bestehen. Diese Lösung muss sich auf die demokratische Aktivität der Vielen, auf Einsicht, auf Empathie, auf eine neue Praxis des Wahrsprechens stützen. Viele neue Begriffe, in denen wir uns in der Natur und die Natur in uns denken und fühlen können, werden benötigt, um mit Blick auf eine schwierige Zukunft eine andere Lebensweise zu entwickeln.

WIDERSPRUCH
Beiträge zu sozialistischer Politik
86
Woraus Widerstand wächst
E. Biçer-Deveci, J. Borer, G. Bozzolini, F. Cavalli, D. Cornu, D. de Roulet, F. Falk, R. Flury, E. Gölgeli, R. Herzog, J. Klebs, U. Mäder, B. Schmid, N. Schneider, M. Seidel, K. Seifert, U. Sekinger, T. Studer, T. Wüthrich, Y. Zimmermann

Ab November 2026 im Buchhandel erhältlich oder auf widerspruch.ch/bestellen
ISBN 978-3-85990-608-2

Das ist Denknetz

Nicht einverstanden? Gut. Neugierig? Noch besser.

Die Welt ist voller Fragen, auf die es noch keine guten Antworten gibt. Wie verändern wir Wirtschaft und Arbeit, wenn wir nicht akzeptieren wollen, dass Ungleichheit der Normalzustand bleibt? Wie sieht ein solidarisches Europa aus? Was bedeutet die Klimaerhitzung für unsere Gesellschaft? Wem gehört Wissen im Zeitalter der künstlichen Intelligenz? Wie organisieren wir Gesundheit, Bildung und soziale Sicherheit so, dass sie für alle funktionieren?

Denknetz bringt Menschen zusammen, die solchen Fragen nachgehen.

Wir recherchieren, analysieren, diskutieren und veröffentlichen. Wir veranstalten, vernetzen und probieren neue Formate aus. Wir verbinden wissenschaftliches Wissen mit politischer Praxis; Erfahrungen aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen mit neuen Ideen.

Wir stellen Fragen. Wir suchen Antworten. Gemeinsam.

Vielleicht hast du eine Frage, die dich nicht loslässt. Eine Idee. Wissen oder Erfahrung, die du teilen möchtest. Oder einfach Lust, mit anderen weiterzudenken.

Komm dazu, misch dich ein, probier etwas aus.

Vielleicht wird daraus ein Text. Eine Veranstaltung. Eine Arbeitsgruppe. Ein Podcast. Oder etwas, an das wir heute noch gar nicht denken.

Mitmachen

Gerade dabei

Europa. Klima. Arbeit. Verteilung. Bildung. Gesundheit. Soziale Sicherheit. KI.

Die Themen sind unterschiedlich. Die Frage dahinter ist oft dieselbe: Wie können wir gesellschaftliche Veränderung verstehen – und wie können wir sie selbst mitgestalten?

Europa
Wie umgehen mit dem Erstarken der Rechten? Die Gruppe Europa analysiert europäische Realitäten, rechte Narrative und Strategien transnationaler Zusammenarbeit. 2027 geht es auch um erfolgreiche Modelle des Widerstands gegen rechts.

Heisszeit
Die Klimaerhitzung verändert unsere Lebensbedingungen – und verschärft bestehende gesellschaftliche Konflikte. Das Projekt Heisszeit arbeitet unter anderem zu Welternährung, Ökologie, Politik und den Konsequenzen des Hitzesommers 2026.

Soziale Sicherheit
Mit AEVplus und «Zweite Säule für alle» mischt sich die Gruppe Sozialpolitik in die Debatte über die Zukunft der sozialen Sicherheit ein.

Care und Gesundheit
Wie kommen wir raus aus der Pflegekrise? Die Gruppe Gesundheitspolitik arbeitet an der Idee eines nationalen Pflegestreiks 2028 und unterstützt die Mobilisierung rund um den Care-Streik 2027.

Bildung
Eine gerechte Schule ist mehr als guter Unterricht. Die Gruppe Bildung arbeitet zu sozialer Durchmischung, Selektion, Berufsbildung und den Bedingungen, unter denen Kinder und Jugendliche lernen und aufwachsen.

KI und Wissen
«Unser Wissen, unsere Intelligenz» fragt, wie kritische Wissensbestände mit offenen KI-Modellen zugänglich gemacht werden können.

Politische Ökonomie
Wer besitzt, entscheidet mit. Die Gruppe Politische Ökonomie arbeitet unter anderem zu Verteilung, Schuldenbremse sowie Technologie- und Innovationspolitik.

Newsletter

Alle Infos immer in unserem Newsletter.
Anmelden auf: www.denknetz.ch/newsletter

Agenda

24.11.2026

Ein gerechtes, kein rechtes Europa

Palace, St. Gallen

Mit Regula Rytz und Arbër Bullakaj.

02.12.2026

Utopie Zürich
Zwischen linker Vision und politischer Realität

Ein Abend mit allen linken Regierungsratskandidat:innen im Kanton Zürich.

Photobastei, Zürich

Mit Priska Seiler-Graf (SP), Nicolas Galladé (SP), Martin Neukom (GRÜNE) sowie Melanie Berner und Nicole Wyss (AL).

09.12.2026

Eskalation und Wandel – eine Debatte über linke Handlungsperspektiven

Vernissage des Magazins von Denknetz

Volkshaus, Zürich

Mit Thomas Zimmermann vom Jacobin Magazin Deutschland, Hayat Erdoğan, Lisa Mazzone und Melanie Berner.

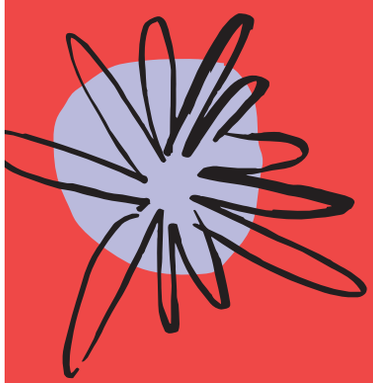
pro clima

P.P.
CH-8004
Zürich

Denknetz – der linke Thinktank der Schweiz.

Denk mit. Misch dich ein. Werde Mitglied.

«Die Welt, wie sie ist, ist nicht alternativlos.»



Kontaktangaben

Name

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Mail

denknetz.ch/mitglied-werden

Mitgliedschaft pro Jahr (bitte ankreuzen)

- ☐ CHF 110.– pro Jahr für Normalverdienende
- ☐ CHF 40.– pro Jahr für Menschen mit kleinem oder keinem Einkommen
- ☐ CHF 400.– pro Jahr als Fördermitglied

Talon ausfüllen und an Denknetz schicken:

Denknetz
Stauffacherstrasse 60
8004 Zürich